

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ ohne Bestellgeld. :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Bejenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

Eine Epoche in der Wirtschaftsentwicklung.

An sich bedeuten Kalenderjahre genau so wenig eine natürliche Gliederung des wirtschaftlichen Geschehens wie die Zufälligkeit politischer Grenzziehung zur Bildung natürlicher Wirtschaftsprovinzen führt. Es gibt breitgelagerte Geschehnisse, die über mehrere Jahre hinrollen, es gibt andererseits Abläufe und Entwicklungen, die sich innerhalb einer Teilspanne eines Jahres erfüllen. Dennoch bietet der jeweilige Jahresabschluss eine genügend hohe Warte, um das Wirtschaftspanorama zu überblicken und einige hauptsächlich Entwicklungslinien zu erkennen.

Die neueste Wirtschaftsgeschichte hat verschwendend mit Etiketten gearbeitet: auf den „Zusammenbruch“ folgte die „Reinigung“, seit 1926 begann die „Gesundungsperiode“, das Jahr 1927 war die Zeit des „Wachstums“ und das Jahr 1928 das Jahr der „Abschwächung“. Man übersieht bei solcher Benennung zu leicht, daß wir aus der Einmaligkeit und speziellen Eigenartigkeit der ersten Nachkriegsjahre längst herausgekommen und wieder in den normalen Rhythmus des kapitalistischen Lebens eingemündet sind. Alle bisherige Wirtschaftsbetrachtung benutzte als Vergleichsgrundlage entweder die „Zeit vor dem Kriege“ oder das Jahr 1923, wo wir den Tiefpunkt des Wirtschaftslebens erreichten. Wir werden uns allmählich daran gewöhnen müssen, unsere Maßstäbe wieder aus uns selbst zu nehmen, die gegebene wirtschaftliche Situation wieder als Ausfluß allgemeiner, kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten zu begreifen. Die Periode des Wiederaufbaues ist vorüber, vorüber sind die mageren und teilweise auch sehr fetten Ausnahmejahre, die Normaljahre haben wieder begonnen.

Charakteristisch für das kapitalistische Wirtschaftsleben ist der Wechsel der Gezeiten, die Fahrt zwischen Wellenberg und Wellental, die wir Hauffee und Baisse, Konjunkturaufschwung und Konjunkturabstieg nennen. Nun wohl, das Jahr 1928 war ein Jahr der herausziehenden Wirtschaftsbaisse, und die längste Strecke des Wellentales ist sicherlich noch nicht durchgemessen. Wenn die künstlich aufgebaute Kaufkraft der Weihnachtswochen abgeflissen ist, wird das Absinken der Konjunktur deutlicher heraustreten, namentlich auch im Handel, nachdem er sich in der Sphäre der Produktion längst bemerkbar machte. Seltsam ist nur, daß erst der beginnende Abstieg es für viele Augen deutlich machte, daß 1927 ein wirtschaftliches Gipfel- und Rekordjahr bedeutete, wobei darauf hingewiesen werden darf, daß kapitalistische Kreise das Ihre dazu beigetragen haben, die günstige Situation des Vorjahres zu verschleiern. Denn in der Hochkonjunktur pflegt die Arbeiterschaft leicht unbequeme Lohnforderungen zu stellen, die man mit viel besseren Argumenten ablehnen kann, wenn die abwärts gleitende Konjunktur gestaffelt, die Dinge grau in schwarz zu malen. Jeder noch so schmale Anteil der Arbeiterschaft am Sozialprodukt wird der Arbeiterschaft mit dieser Unternehmertaktik vorenthalten. In wirtschaftlichen Gunstzeiten darf durch unzeitgemäße Lohnforderungen der Aufstieg der Wirtschaft nicht abgedrosselt werden, in Zeiten wirtschaftlicher Depression erscheint jede Lohnforderung ohnehin heller Wahnsinn. Die Arbeiterschaft wird daraus die Lehre zu ziehen wissen, den Argumenten der Unternehmer, die so und auch anders herum funktionieren, und die immer eine Barriere im Namen „der Wirtschaft“ gegen jedes Aufrücken der Löhne bedeuten, kein übermäßiges Gewicht beizumessen. Man will auch den Weg der möglichen Zugeständnisse nicht beschreiten, so bleibt nur die Ertröhung durch Kampf. Gerade, wenn Krisensymptome heraufziehen, wird es doppelt wichtig, daß den stark vermehrten Produktionsmöglichkeiten ein entsprechend mitwachsender Konsumumfang gegenüber-

steht. Nur eine Steigerung der Massenkaufkraft, die größer ist als die Steigerung der zu neuer Akkumulation und Produktionsausdehnung verwandten kapitalistischen Gewinne, kann die Krise fernhalten. Wenn

Schützt Leben und Gesundheit!



In der Woche vom 24. Februar bis 3. März 1929 veranstalten die Verbände der Deutschen Berufsgenossenschaften eine Reichsunfallverhütungswoche. Es ist Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, daß sie der Beseitigung der Unfallgefahr größte Aufmerksamkeit zuwendet. Besonders gefährlich ist die Arbeit im Baugewerbe. In allen Zahlstellenversammlungen muß zu den Fragen der Unfallgefahr und des Bauarbeiterschutzes Stellung genommen werden. Die Bekämpfung der Unfallgefahr muß unsere vorzüglichste Aufgabe sein.

die Parallelität von Erzeugerkraft und Konsumkraft auf der Arbeiterseite stets in den Vordergrund gestellt wird, wenn dem bürgerlichen Schlagwort von der „Leberkonsumtion“ der sozialistische Begriff einer „Leberproduktionskrise“ entgegengehalten wird, so schließt das nicht aus, daß wir auch in einer richtigen Kredit- und Kapitalbildungspolitik wichtige Maßnahmen der Krisenbekämpfung erblicken. Es erscheint gegenwärtig durchaus angebracht, der geschwächten Wirtschaft durch Herabsetzung des immer noch viel zu hohen Reichsbankdiskonts eine Kampferspritze zu geben, um durch Kreditverbilligung die konjunkturellen Auftriebskräfte zu beleben. Aber noch einmal muß betont werden, daß nur die beiden Säule Krediterleichterung und Kaufkraftsteigerung den wirtschaftlichen Karren aus dem Sumpfboden der Krise zu ziehen vermögen.

Die von der gesamten bürgerlichen Presse ständig wiederholte Forderung nach stärkerer Bildung von Neukapital ist in der vorgetragenen Form auch kaum mehr als ein Schlagwort. Die Kapitalakkumulation des vergangenen Jahres hat nach vorsichtiger Schätzung nicht weniger als 12 Milliarden betragen, wovon

auf die Beteiligung des Auslandskapitals nur der dritte Teil entfällt. Im übrigen aber ist Konsum-einschränkung in keiner Weise die einzige Form möglicher Kapitalbildung, bestimmt aber die gefahrenvollste. Wichtiger als die absolute Höhe der verfügbaren Kapitalmassen ist die richtige Lenkung des Kapitals in diejenigen Produktionszweige, in denen sie am fruchtbarsten eingesetzt werden können. Das Unternehmertum verspricht, nach genügend erfolgter Kapitalanreicherung eine Senkung der Preise durchzuführen. Durch Ausschaltung der kapitalistischen Gründergewinne und der Kartellrenten ließe sich auch bei auskömmlicher Lohngewährung billig produzieren, zumal wenn die Ausdehnung des Marktes zu einer Herabsetzung der sachlichen Gestehungskosten führt. Durch Auszehrung der arbeitenden Massen erwuchertes Kapital verfällt selbst der Auszehrung. Ein Produktionsmittelapparat der mangels Marktabsatzes ohne Beschäftigungsmöglichkeit bleibt, verliert den Kapitalcharakter und ist nichts mehr als rostendes Eisen. Ueber die Entbehrungsbrücke gedrückter Löhne führt kein Weg in wirtschaftliche Zukunft.

Die Krisensymptome, von denen soeben gesprochen wurde, liegen auf der Hand: es sank der Produktionsumfang gegenüber 1927 allgemein um etwa 6%. Die Abschwächung war vor allem in den Produktionsmittelindustrien verspürbar, sie trat aber auch in einer größeren Zahl von Konsumindustrien hervor, so in der Textil- und Schuhbranche, die Erzeugungsausfälle von 15% beziehungsweise 30% aufweisen. Die Inanspruchnahme der Reichsbank für Wechselkredite ging infolge mangelnder Unternehmungslust zurück. Die von der Wirtschaft bei der Reichseisenbahnverwaltung angeforderte Waggongestellung ist ebenfalls rückläufig. Vor allem aber stieg die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit weit über das saisonmäßig bedingte Ausmaß hinaus. Gerade diese letzte Tatsache verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. Am 1. Dezember 1928 waren 1 038 000 Arbeitslose vorhanden, um die Jahreswende werden es 1,6 Millionen sein. Der Arbeitsmarkt ist heute die empfindlichste Wirtschaftsprovinz, auf der sich die konjunkturellen Rückschläge stets am schärfsten abheben, während die Konjunkturausschläge auf der Unternehmerseite in Konkursen, Vergleichsverfahren, Wechselprotesten usw. viel weniger spürbar sind. Gegenwärtig trifft die jahreszeitliche Verschlechterung mit einer abflauenden Konjunktur zusammen. Bedenklich aber muß stimmen, das uns auch in der Hochkonjunktur keine restlose Absaugung der überzähligen Arbeitskräfte gelang. Mit einer Arbeitslosigkeit von einer halben Million Menschen, das heißt mit Angehörigen von 2½% der Gesamtbevölkerung, rechnen wir bereits als einer Dauertatsache, und nehmen sie als ein Fatum hin. Die ganze Größe der Gefahr tritt erst vor die Augen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß England 1 Million Arbeitsloser seit langem als festen Posten in sein Wirtschaftsbudget eingefügt hat. Im Zeitalter der Rationalisierung und des Eindringens der Arbeitsmaschine in den Produktionsprozeß erhält die alte Freisetzungstheorie von Karl Marx, jene Lehre, daß die Maschine den Arbeiter verdrängt, eine neue Aktualität. Freilich, das letzte Wort über dieses Kapitel ist heute noch nicht zu sprechen. Jedenfalls erscheint es dringend notwendig, durch Arbeitszeitverkürzung und durch Lohnsteigerungen, durch ein planvolles und großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates und seiner Unterorgane, sodann durch die Gewährung ausreichender Unterstützungen an Erwerbslose (sogenannte zusätzliche Kaufkraftschöpfung) die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Auch die saisonmäßige Verschlechterung der Arbeitslage braucht nicht mit der bei uns üblichen Passivität als ein göttgewolltes Schicksal hingenommen zu werden. Amerika lieferte längst den Beweis für die Möglichkeit, durch technische Maßnahmen das Baugewerbe seines Saisoncharakters zu entkleiden. Durch eine richtige Verteilung der öffentlichen Aufträge ließe sich das regelmäßige Abfallen der Beschäftigungskurve in den Wintermonaten ebenfalls mit Wirksamkeit auffangen. Eine über 1 Million alljährlich verhängte periodische Arbeitslosigkeit sollte unsern Technikern und Wirtschaftspolitikern genügenden Anlaß zu einem unbefangenen und großfühligen Durchdenken dieses Problems bieten.

Einen hellen Fleck im ziemlich grauen Bilde bedeutet die Entwicklung des deutschen Außenhandels während des Berichtsjahres. Das Schlagwort von der Enteuropäisierung und dem Zerfall der Weltwirtschaft ist durch die Wirklichkeit längst widerlegt. Die gedrückte Lage auf den Inlandsmärkten führte zu einer wesentlichen Exportsteigerung, während seit Januar 1928 die Einfuhr, namentlich der Fertigwarenimport, zurückging. Wenn die letzten Monate eine Aktivierung unserer Handelsbilanz erbrachten, so ist diese Tatsache für sich genommen gar nicht so sonderlich wichtig, denn die Gestaltung der Handelsbilanz ist, wie man längst weiß, eine zwangsläufige Funktion der Kapitalzufuhr aus dem Ausland. Viel wesentlicher ist, daß unsere Ausfuhr ohne Reparationsleistungen im

Monatsdurchschnitt 948 Millionen Mark betrug, gegenüber 822 Millionen Mark im Vorjahr, und daß wir in einigen Monaten sogar die Milliardengrenze überschritten. Die Ausfuhr in Fertigwaren beläuft sich auf 710 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt. Jeder 10. erwerbstätige Arbeiter in Deutschland arbeitet heute für die Ausfuhr. Daß uns das Außenhandelsventil offen stand, hat sehr stark dazu beigetragen, den Rückschlag der Konjunktur zu dämpfen. Unsere amtliche Handelspolitik darf an dieser erfreulichen Entwicklung nur einen sehr bescheidenen Anteil auf dem eigenen Konto buchen. Die bisher abgeschlossenen 16 Handelsverträge führten zu keiner wesentlichen Herabsetzung der Zollsätze, sie beschränken sich meist auf die Gewährung der bloßen Meistbegünstigung und außerdem fehlen gerade die Verträge mit wichtigsten Wirtschaftspartnern. Weder mit der Tschechoslowakei noch mit Polen konnten die Verhandlungen bisher zum Abschluß gebracht werden. Die agrarisch-junkerliche Opposition verhindert mit ihrem Geschrei auf dem landwirtschaftlichen Gebiete jedes Zugeständnis und erweist sich dadurch handelspolitisch als ein außerordentlicher Hemmschuh. Weil sich infolge der dort herrschenden Rekordkonjunktur der Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten versteifte, trat im Berichtsjahre Frankreich stärker als Kapitalleher auf den deutschen Märkten hervor.

In sozialer Hinsicht war das Jahr 1928 bestimmt kein Jahr fortschreitender Pazifizierung und

Entspannung. Große Arbeitskämpfe, mit dem Streik der Rheinschiffer im Mai des Jahres beginnend und über den Streik der Waldburger Bergarbeiter und der Textilarbeiter in Westfalen und Ostböhmen bis zu der Riefenausperrung im nordwestdeutschen Industriegebiet und zum Werftarbeiterstreik führend, erschütterten das Wirtschaftsleben. Das Unternehmertum sammelt zur Generaloffensive, offener Krieg gegen alle sozialen Errungenschaften und namentlich gegen das gesetzlich verankerte Schlichtungswesen ist die Parole. Dem gegenüber steht ein erfreuliches Wachstum und eine feste Konsolidierung der Gewerkschaftsbewegung, die sich von ihren Rückschlägen längst erholt hat. Hier ist eine Mauer in das kapitalistische Wirtschaftsleben eingerammt, an der sich die Unternehmerrückwärtsentwicklung nicht brechen wird, zumal sich im demokratischen Staat die politische und gewerkschaftliche Zusammenarbeit intensiviert und immer reibungsloser gestaltet. Die auf Unternehmerrückwärtsentwicklung des letzten Jahres geforderte „negative Koalitionsfreiheit“, das heißt die Rückbildung des kollektiven zum individuellen Arbeitsrecht, die gleichbedeutend sein würde mit einer neuen Verklavung der Arbeiterschaft, ist eine reaktionäre Utopie. Der starke Arm der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird auch auf dem Gebiete der Wirtschaft in Zukunft alle faschistischen Experimente von uns fernhalten.

Dr. Erik Kölling, Frankfurt a. M.

Unsere statistischen Feststellungen.

vom 22. Dezember 1928.

920 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 110 552 nachgewiesen, darunter 12 709 Lehrlinge. Arbeitslos waren 48 088 oder 43,5% und krank 3742 oder 3,4%. Wie es im Bereiche der einzelnen Landesarbeitsämter steht, zeigt folgende Tabelle:

Landesarbeitsamt	Anzahl der an den Feststellungen				Von den Mitgliedern aus Spalte 3 sind				
	beteiligt		nicht beteiligt		Lehrlinge	arbeitslos		krank	
	Mitglieder	Lehrlinge	Mitglieder	Lehrlinge		gesamt	in %		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1. Ostpreußen . . .	54	5189	—	—	661	3285	63,3	143	
2. Schlesien . . .	81	11221	3	196	1630	6160	54,9	318	
3. Brandenburg . .	118	14534	—	—	1454	4533	31,9	554	
4. Pommern . . .	65	4278	1	26	519	2270	53,1	104	
5. Nordmark . . .	111	10499	4	45	1213	3853	36,7	206	
6. Niederrhein . . .	84	7079	5	215	674	3259	46,1	164	
7. Westfalen . . .	26	3245	1	24	271	1416	43,6	171	
8. Rheinland . . .	23	4133	1	94	172	1777	43,0	206	
9. Hessen . . .	31	3928	3	439	312	1853	47,2	211	
10. Mitteldeutschl. .	143	14235	4	86	1816	5862	41,1	477	
11. Sachsen . . .	62	20457	—	—	2915	8476	41,4	612	
12. Bayern . . .	80	7173	1	10	591	3403	47,4	218	
13. Südwestdeutschl.	41	3999	3	68	371	1711	42,8	276	
Deutsches Reich zus.	919	109 970	26	1203	12599	47858	43,5	3720	
14. Ausland . . .	1	582	2	42	110	230	39,1	22	
Gesamtverband . .	920	110 552	28	1245	12709	48088	43,5	3742	

Der gesamte Bestand beträgt:

1. Zahlstellen (Spalte 2 und 4) 948
2. Mitglieder (Spalte 3 und 5) 111 797
3. Lehrlinge (Spalte 3 und 5) 12 831

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 24. November hat sich die Arbeitslosenziffer von 20,33% auf 43,5%, die Krankenziffer von 2,33% auf 3,4% erhöht.

Das Ergebnis vom 24. November stellt sich, nachdem noch 25 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 937 Zahlstellen mit zusammen 112 604 Mitgliedern, darunter 12 825 Lehrlinge, waren 23 199 Mitglieder arbeitslos und 2604 krank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 26. Januar.

Warum diese späte Einsicht?

Die Verhältnisse in Deutschland sind gekennzeichnet durch die harten Spannungen zwischen Kapital und Arbeit und den verschiedensten Interessengruppen. Die schweren Arbeitskämpfe haben ihre Ursache darin, daß die produktiv schaffenden Bevölkerungsschichten Deutschlands energisch auf ihr Recht pochen, von den Ergebnissen ihrer Arbeit einen genügenden Teil für sich abzuzweigen. Die Frage kann auf die Formel: Lohn und Preis gebracht werden. Der größte Teil der Menschheit ist auf Lohn- oder Gehaltseinkommen angewiesen. Die Kaufkraft der Lohnsummen ist entscheidend für das Maß von Lebensglück, das den einzelnen zufällt. Da die Lohn- und Gehaltsempfänger in der Mehrzahl sind, wird das ganze Kulturleben in Deutschland von der Höhe des Reallohns beeinflusst. Der verflozene Ruhrkampf wurde von den Unternehmern unter der Losung geführt: Verteidigung des gegenwärtigen Preisstandes. Sie erklärten, daß selbst eine geringe Lohnerböhung unweigerlich zu Preiserhöhungen führen müsse. Es war die alte Denkweise, daß jede Verteuerung des Produktionsprozesses, namentlich durch Löhne, sofort auf den Preis der Produkte aufgeschlagen werden müsse. Die Gewerkschaften versuchten, diese Art Grundfälle vergeblich zu entkräften.

Nun kommt ausgerechnet aus der schwerindustriellen Ecke eine ganz anders geartete Wirtschaftstheorie, die von den Gewerkschaften fast Wort für Wort unterstüzt werden

kann. Die Industrie- und Handelskammern an der Ruhr geben eine Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ heraus. Dies Organ vertritt naturgemäß die Belange der Schwerindustrie bis zum äußersten. Auch der verflozene Ruhrkampf fand dort eine energische Verteidigung. Die Nummer 1 der Zeitschrift bringt an leitender Stelle einen Aufsatz, den man als eine Sensation ersten Ranges ansprechen muß. Es ist lehrreich, die wichtigsten Gedanken des Aufsatzes zu zitieren.

„Vermehrung und Verbilligung der Produktion!“ Das seien die beiden Grundpfeiler des wachsenden Wohlstandes vor dem Kriege gewesen. „Je mehr wir produzierten, um so billiger wurde die Produktionseinheit, je billiger die Ware, um so größer der Absatz, je größer der Absatz, um so mehr konnten wir produzieren. . . . Was nützen alle schönen Theorien, wenn in Wirklichkeit der entgegengesetzte Weg eingeschlagen wird: statt mehr zu produzieren, die Produktion einschränken, statt sie zu verbilligen, sie verteuern, statt den Absatzmarkt durch Preislenkung zu erweitern, ihn durch erhöhte Preise immer mehr einzengen.“ Gegen diese verkehrte Wirtschaftspolitik müsse sich die Privatwirtschaft mit verstärkter Aktivität wenden. Wieder wie vor dem Kriege muß es heißen: „Vermehrung der Produktion und Senkung der Preise.“ Der landläufigen Meinung, daß dies wegen der Verhältnisse nicht möglich sei, wird folgendes positive Programm entgegengesetzt: „Die Privatwirtschaft darf und kann sich nicht den Gang ihrer Entwicklung von außen aufzwingen lassen. Mit stolzer Genugtuung weisen die Gewerkschaften in ihren Berichten darauf hin, daß sie in den letzten Jahren durch ihre ständige Aktivität Lohnerböhrungen von mehr als 5 Milliarden Mark durchgesetzt haben. Kein Zweifel, daß ein Teil dieser Lohnerböhrung durchaus berechtigt war, denn die Löhne waren nach der Stabilisierung der Währung zu weit zurückgeblieben. . . . Kein einziger Fall ist bekannt, daß die Wirtschaft der Aktivität der Gewerkschaften eine eigene zielbewußte wirtschaftliche Aktivität entgegenstellt, daß sie eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung ihrer Preise beantwortet habe. Was ist denn das Hauptargument der Gewerkschaften? Das steigende Preisniveau! Das Argument wird nicht durch Ministerreden über die Notwendigkeit der Preislenkung, sondern nur durch die Kraft des eigenen Entschlusses der Wirtschaft beseitigt werden. Wenn Lohnerböhrungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann ist es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Absatzmöglichkeiten erweitert werden, als unfreiwillig mit nachfolgender Preiserhöhung, das heißt Absatzverminderung. Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preislenkung beschritten wird. Um so mehr wird auch die Privatwirtschaft auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen können: die öffentliche Meinung, die sofort erkennen wird, daß eine Preislenkung ganz anders der Allgemeinheit zu nutzen geeignet ist als eine Lohnerböhrung für die eine oder die andere Arbeitergruppe.“ Auf die Bedeutung von Preislenkungen für die allgemeine Lebenshaltung, die Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten, die Erleichterung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr und den Druck, den wir durch billige Preise indirekt auf die Reparationsfrage ausüben vermögen, sei nur durch diese Stichworte hingewiesen. . . .

„Eine aktive Lohn- und Preispolitik dieser Art setzt allerdings eins in viel höherem Maße voraus, als dies in den letzten Jahren im allgemeinen in der Privatwirtschaft der Fall war: die Bereitschaft, den Willen und die Entschlußkraft, auch ohne die Möglichkeit sofortigen Preisausgleiches erhöhtes Risiko tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmen dabei zugrunde gehen. . . . Bei aller Werkschätzung der wirtschaftlich gesunden und brauchbaren Seiten der Kartelle, Syndikate, Verbände, Preisvereinbarungen, Konventionen usw. steckt in diesen Bindungen doch zugleich der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, der in

Zeiten außergewöhnlicher Notstände zum Durchhalten lebenswichtiger Glieder begrüßt, als Dauererscheinung aber zu einer Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen muß. Es wird aus den verschiedensten Gründen Zeit, daß die Privatwirtschaft versucht, diese Krücken nach und nach abzuwerfen, und sich das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße stellt. Die Reinigungskrise der Jahre 1924 und 1925 hat noch nicht allen Schlamm beseitigt. Eine weitere Auslese wird folgen. Sie wird von den gesunden und lebenswerten Kräften um so besser überwunden werden, je eher sie kommt und je schärfer sie bewußt herbeigeführt wird.“

Wir können uns nicht entsinnen, etwas derartiges schon einmal in einem der Schwerindustrie nahestehenden Organ gelesen zu haben. Es wird dort anerkannt, daß die von den Gewerkschaften geforderten Lohnerböhrungen zum Teil berechtigt waren. Wenn die Vertreter der Schwerindustrie schon einen Teil der Lohnerböhrungen als berechtigt erklären, so kann man sie ruhig als voll berechtigt betrachten. Die Ansicht, eine Lohnforderung sofort mit einer Senkung der Preise zu beantworten, auszusprechen von dieser Seite, kann beinahe als eine umstürzende Theorie betrachtet werden. Wie mögen die Herren Reusch und Genossen mit den Köpfen gewackelt haben, als sie in ihrem Organ lasen, daß durch Lohnerböhrungen entstandene Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen sind. Oder sollten sie etwa von diesem Aufsatz gewußt haben? Das ist wohl kaum anzunehmen. Es braucht von uns kaum betont zu werden, daß wir einen konsequent beschrittenen Weg zur Senkung der Preise auf das lebhafteste unterstützen. Es ist eine Binjewahrheit, daß ein solcher Schritt zur Steigerung der Realeinkommen aller Bevölkerungsschichten führt. Aber geradezu revolutionär ist der von dieser Seite geäußerte Gedanke, ein durch Preisausgleich entstandenes Risiko auf sich zu nehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmungen dabei zugrunde gehen. Wenn man in der Urheimat der Kartelle, Syndikate und Verbände plötzlich die Meinung äußern hört, daß sie eine Versicherung auf Gegenseitigkeit sind und zur Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Initiative führen, dann ist man genötigt, erst einmal Luft zu schnappen.

Wir begrüßen den Aufsatz der „Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung“. Als wir ihn lasen, fragten wir uns, warum eigentlich der Ruhrkampf geführt werden mußte? Oder sollte etwa eine Umkehr, wie oben angedeutet, seine Lehre sein? Würde die gesamte Industrie nach obigen Grundfällen verfahren, so würde sich die Spannung zwischen Kapital und Arbeit vielleicht etwas lösen. Zu befechtigen wird sie nie sein. Aber wenn der Kapitalismus versucht, in seinen Leistungen demokratisch zu werden, das heißt, der schaffenden Menschheit den größten Teil des Sozialprodukts freiwillig zu überlassen, dann könnten sich die Auseinandersetzungen in bedeutend anderer Weise äußern. „Leben ist Kampf“, heißt es in dem Aufsatz. „Ihn aufzunehmen und durchzuführen, ist Leben und Fortschritt.“ Wohl an denn, das ist auch unsere Meinung. Wir teilen ferner die Ansicht des Schreibers, daß, wenn es der Privatwirtschaft nicht gelingt, den Anforderungen der modernen Zeit gemäß Wirtschaftspolitik zu treiben, die Entwicklung über sie hinweggeht. Wir wollen sehen, inwieweit der Appell der Rhein- und Ruhr-Wirtschaftszeitung Anklang findet und zum Ausgangspunkt einer neuen Wirtschaftspolitik gemacht wird. Gegebenenfalls sind wir bereit, noch etwas mehr Dampf dahinter zu machen.

Der diesjährige amerikanische Gewerkschaftskongress.

Ende November fand in New Orleans der diesjährige Kongress der amerikanischen Gewerkschaftszentrale, der American Federation of Labor, statt. Abgeschlossen wurde als Kongressort New Orleans gewählt, weil diese einstige Hafenstadt des Baumwollgebietes und der Agrarstaaten immer mehr zu einer solchen eines industrialisierten Hinterlandes wird. Seit Jahrzehnten befindet sich der amerikanische Süden im Prozeß der Industrialisierung, einige seiner

staaten sind heute wichtigere Industriestaaten als einige der alten des Nordens und des Ostens. Die Gewerkschaftsbewegung Amerikas sieht in diesem Süden ein neues Betätigungsfeld und verlegt deswegen ihren Kongress nach einem der wichtigsten Plätze des Südens. Von der Fülle der auf diesem Kongress erörterten interessanten Fragen sollen nachstehend nur die wichtigsten herausgegriffen werden, die jedoch einen ausreichenden Ueberblick über den Stand der Bewegung geben dürften.

Der Bericht des Sekretärs Frank Morrison zeigt, daß die Stellung der Gewerkschaften, rein zahlenmäßig betrachtet, noch immer relativ schwach ist. Die Gewerkschaftsbewegung zählt insgesamt 3,4 Millionen Mitglieder, das heißt, sie hat nur gut 10 % der amerikanischen Arbeiter erfasst. Das Budget weist relativ Ausgaben und Einnahmen auf, da die amerikanische Gewerkschaftsbewegung nicht so straff organisiert ist wie die europäische, und die eigentliche Tätigkeit sich weit mehr in den lokalen Verbänden abspielt. Die Ausgaben der Zentrale beliefen sich im letzten Geschäftsjahr auf 497 000 Dollar, wovon 219 000 Dollar auf Gehälter der Beamten, Agitatoren und Organisatoren entfallen. Verschieden ist die Stellung der Gewerkschaften in den einzelnen Berufszweigen. Im Baugewerbe sind die Gewerkschaften absolut ausschlaggebend, hier werden meistens die von den Gewerkschaften vorgeschriebenen Löhne von 10 Dollar und mehr täglich gezahlt, hier werden auch fast nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt. Doch auch nur im Baugewerbe ist die Stellung der Gewerkschaften so stark. In der Textilindustrie und im Kohlenbergbau ist in letzter Zeit die Stellung der Gewerkschaften durch lange Streiks und Aussperrungen sehr erschwert worden. In der Stahl- und in der Automobilindustrie haben sie sich geringen Einfluß zu schaffen vermocht, doch hoffen sie, gerade in diesen beiden Zweigen in der nächsten Zeit ihre Stellung wesentlich stärken zu können.

Wenn auch zahlenmäßig betrachtet, die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften sehr schwach ist, so ist sie doch andererseits als stark zu bezeichnen, weil ihre Gedanken und Forderungen weitgehend akzeptiert worden sind. Einer der Grundgedanken der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist, daß die Zahlung hoher Löhne die wichtigste Voraussetzung jeder Prosperität sei. Es ist bezeichnend, daß auf dem diesjährigen Kongress der Arbeitsminister der jetzigen republikanischen, das heißt konservativen Regierung, diese Auffassung ausdrücklich akzeptierte und darauf hinwies, daß die alte Auffassung, daß der Wohlstand einer Nation vom Wohlergehen einiger weniger Reicher abhängig sei, unhaltbar sei, daß vielmehr die Millionen von Arbeitern die größte Kaufkraft darstellen, und daß die Prosperität von der Höhe der diesen Arbeitern gezahlten Löhne abhängig sei.

Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung hat sich ein neues sozialistisches Ziel gesetzt, und zwar stellte sie in Detroit die Forderung auf, daß in der Woche nur fünf Tage, nur 40 Stunden gearbeitet werden sollte, weil die wachsende Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, die Rationalisierung und Standardisierung der Produktion, die immer häufiger verwirklichte Idee des laufenden Bandes, weil alle diese Momente sich ungünstig auf die Arbeitskraft auswirken und deswegen ein Gegengewicht geschaffen werden müßte. Der Präsident der Gewerkschaften, Green, stellte während des Kongresses diese Idee in den Vordergrund seiner sozialpolitischen Ausführungen und wies vor allem darauf hin, daß diese Idee heute nicht mehr nur eine Forderung, sondern schon für 165 000 Mitglieder der amerikanischen Gewerkschaften verwirklicht sei.

Aber trotz der gegenwärtigen günstigen Bezahlung und Beschäftigung der amerikanischen Arbeiter bedrückt die Gewerkschaftsbewegung die Möglichkeit einer kommenden größeren Arbeitslosigkeit. Dieser Möglichkeit vorzubeugen, betrachten die Gewerkschaften als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Der Kongress in New Orleans begrüßte aufs wärmste den zur Zeit seiner Tagung bekanntgewordenen Vorschlag des kommenden Präsidenten Hoover, die Vereinstellung von 3 Milliarden Dollar vorzuschlagen, die im Falle einer Ueberproduktion und einer Arbeitslosigkeit zur Durchführung öffentlicher Bauten verwandt werden sollen. Das Projekt ist bisher nur in groben Umrissen bekannt, alles wird von den kommenden Verhandlungen abhängen, doch diese dürften sicherlich einen überaus interessanten Verlauf nehmen. Auch in diesem Falle können die Gewerkschaften beanspruchen, bahnbrechend gewirkt zu haben, denn sie haben immer wieder ein solches Projekt verlangt.

Der Kongress zeigte selbstverständlich auch die Verschiedenheiten zwischen der amerikanischen und der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Bei der Begrüßung des englischen Gastes wies der Präsident Green darauf hin, daß die politischen Verhältnisse in Amerika die Bildung einer Arbeiterpartei nicht begünstigen, daß die Gewerkschaften eine positive Einstellung zur jetzigen Wirtschaft und Gesellschaftsordnung haben, und daß sie eine liberale Einstellung zur Politik hätten, das heißt eine möglichst geringe Einmischung des Staates in die wirtschaftlichen Verhältnisse wünschen.

In ihrem Bestreben, die Lage der amerikanischen Arbeiter materiell so günstig wie möglich zu gestalten, befürwortet die amerikanische Gewerkschaftsbewegung leider auch Maßnahmen, die nicht geeignet sind, die Zustimmung der Arbeiter anderer Länder zu finden. Um das Angebot von Arbeitskräften auf dem amerikanischen Markt auf ein Minimum zu reduzieren, sind die Gewerkschaften zu Vorkämpfern einer Politik der Einwanderungsbeschränkung geworden. Sie haben ja auch erreicht, daß nur noch eine begrenzte Zahl von Europäern in Amerika einwandern darf. Doch sie sind hiermit nicht zufrieden, sie wollen eine weitere Einschränkung. Im Mittelpunkt des diesjährigen Kongresses stand die Frage der Einwanderung der Mexikaner und Kanadier. Die Einwanderung aus Mexiko und Kanada ist heute keiner Beschränkung unterworfen. Die Gewerkschaften behaupten, daß die aus diesen Ländern kommenden Arbeitskräfte die Löhne stark drücken, und fordern, daß die Einwanderung auch aus diesen Ländern beschränkt werde. Hinzu kommt,

daß zum ersten Male auf einem Gewerkschaftskongress in New Orleans die Forderung nach einer Hochschutzzollpolitik gestellt wurde. Die Gewerkschaftszentrale ist in der Zollfrage offiziell neutral, sie überläßt dies Problem den einzelnen Verbänden. Doch mit Unterstützung der Gewerkschaftszentrale ist in diesem Jahre eine besondere Organisation gebildet worden, die für die Verwirklichung einer Hochschutzzollpolitik eintreten soll.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die Problematik der amerikanischen Einwanderungs- und Zollpolitik aufzuwerfen. Es mag sein, doch ist es keineswegs bewiesen, daß eine solche Politik den Interessen der amerikanischen Arbeiter entspricht. Auf jeden Fall steht sie im schroffen Widerspruch zu den Forderungen der europäischen Arbeiter. Es wäre zu begrüßen, wenn die amerikanische Gewerkschaftsbewegung in diesen Fragen auf die Interessen und die Wünsche der europäischen Arbeiter etwas mehr Rücksicht nehmen würde. In diesen Fragen ist die Politik der amerikanischen Gewerkschaften doch etwas zu egoistisch national, und wir bezweifeln, ob diese Politik wirklich den wohlverstandenen Interessen der amerikanischen Arbeiter entspricht.

Auswüchse im Fremdenweien.

Zwei Ereignisse, die — gerade nicht zu ihrem Vorteil — die gesellschaftlichen Ereignisse unter den fremden Zimmerleuten beleuchten, spielten sich in den letzten Tagen des alten Jahres in Berlin und in Dresden ab.

In Berlin O, Breslauer Straße 1, unweit des Schlesischen Bahnhofes, befindet sich das Verkehrslokal der Fremdgehriebenen. Diesem schräg gegenüber, in einem Restaurant, haben Vereine mit pompösen Namen ihre Gaststätte. Diese Vereine, deren Mitglieder meist aus Zubältern, Großstadthyanen und sonstige Elemente zweifelhafter Art bestehen, sind in Groß-Berlin in einem Ringstrass organisiert. Nach Gerüchten sollen einige Tage vorher einige „Fremde“ Mitglieder dieser Gilde auf der Straße oder einem Rummelplatz angerempelt und belästigt haben. Die „Zylindermänner“ brüteten Rache. An einem Sonnabend, nach zehn Uhr abends, betraten acht „Herren“ in Smoking, Lackschuhen und Zylinder das Lokal der Zimmerleute, forderten eine Lage Bier und drangen sofort auf zwei im Lokal sitzende Zimmerer ein, schlugen sie nieder und suchten sie auf die Straße zu zerren. Durch den Tumult wurden die im Handwerksaal versammelten Zimmerer aufmerksam, und im Nu entstand eine wilde Schlägerei, die sich auf der Straße fortsetzte. Erst durch das Eingreifen eines Polizei-Ueberfallkommandos gelang es, die Ruhe wieder herzustellen, nachdem die Angreifer spurlos verschwunden waren. Der Herbergsvater der Zimmerer ließ die Rolläden herab und starke Schupstreifen zerstreuten die angesammelten Menschenmassen. Als vier Zimmerleute, in Unkenntnis des Voralles, um 11 Uhr in das verschlossene Lokal einlaß begehrten, stürzten sich die „Zylinderleute“ aus ihren Schlupfwinkeln auf die Zimmerer, die durch ihre Rufe wiederum die Kameraden drinnen alarmierten. Kaum waren die Rolläden aufgezogen, als die „Zylinderleute“ eindrangten und alles demolierten. Zugleich erschienen aus allen Stadtteilen Berlins zusammengerufen, zirka 40 Autos, deren Insassen sofort in den Kampf eingriffen, wobei auch Messer und Revolver eine Rolle spielten.

Den verstärkten Polizeimannschaften gelang es endlich, nachdem es dem Gefindel wiederum gelungen war, in den bereitstehenden Autos zu entkommen, Ordnung zu schaffen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist ein junger Maurer, der erst kurz vorher zugereist und in den Kampf hineingerissen wurde, durch Messerstücke und Schüsse getötet worden. Drei schwerverletzte Zimmerer wurden dem Krankenhaus zugeführt, während die Leichtverletzten ihr Logis aussuchen konnten. Sechs der Haupttrüdführer aus den Kreisen der „Zylinderleute“ wurden am anderen Morgen festgenommen.

Die Motive dieses brutalen Ueberalles sind noch ungeklärt. Möglich ist, daß kleinere Händel zwischen den „Zylinderleuten“ und ihrem weiblichen Anhang und den „Fremden“ entstanden waren, woraus Hänfelei, Feindschaft und schließlich diese blutige Auseinandersetzung entstand. Eine spätere Gerichtsverhandlung wird darüber Klarheit bringen. Hier soll nur kurz auf die unliebsamen Vorkommnisse näher eingegangen werden.

Berlin ist als Weltstadt, so ungläubhaft es klingen mag, stark partikularistisch und „fremdenfeindlich“ im Sinne der Fremdenvereinigungen. In andern Groß-, See- und Handelsstädten, in deren buntem Getriebe Rassen und Völker aller Erdteile sich mischen, wird niemand davon besonders berührt, während in Berlin alles von der Norm abweichende mißgünstig und gehässig betrachtet wird. Es ist bekannt, daß Berlin nie ein Dorado der Fremden — nicht nur der geschriebenen — gewesen ist, und sich dieselben keinerlei Beliebtheit erfreuten. Der Grund hierfür mag wohl zum Teil in der starken Zuwanderung aus aller Herren Länder zu suchen sein, die als junge willige Arbeitskräfte dem Unternehmertum willkommen waren, den einheimischen Kameraden aber ungewollt den Lebenskampf erschwerten, weil die ersteren für die Organisation nur mühsam gewonnen werden konnten.

Man hat Berlin einmal scherzhaft die Hauptstadt von Schlesien genannt. Es mag sein, daß unsere Kameraden, die aus den östlichen Provinzen in starkem Maße zuwanderten, selbst aber nicht „Fremde“ waren und somit eine gewisse Abneigung gegen die sogenannten „Schlipstrüder“ hatten. Aber auch bei allen andern Volksgenossen in der Arbeitererschaft herrscht eine Antipathie den jungen Zimmerleuten gegenüber, deren Ursache einzig und allein in der phantastischen Kleidung und Ausschmückung der „Fremden“ zu suchen ist, die bei einem Teil der Bevölkerung eine ähnliche Wirkung ausübt, wie das rote Tuch beim Stier.

Das Handwerk der Zimmerleute ist von eigener Art, individuell und grobschlächtig; mit der Verarbeitung des zähen, knorrigen und spröden Materials verwächst der Zimmermann sozusagen mit der Materie und es bilden sich alle die eigenartigen Charaktereigenschaften, die bei den Zimmerleuten so be-

merkenswert sind. Rein äußerlich machten sich schon früher diese Eigenarten auch in der Kleidung bemerkbar. Abgesehen von den Lederhosen früherer Zeiten, die mehr praktischen Zwecken dienten, war auch ihre Kleidung in vergangenen Jahrhunderten von abweichender Norm. In neuerer Zeit, nach dem siebziger Krieg, wurde von allen Zimmerleuten das „Englischleder“ als markante Kleidung zu Weste und Hosenstoff bevorzugt. In Berlin trug man durchweg mehrere Jahrzehnte ein schwarz gestreiftes Buckskin, woran man die Zimmerleute schon äußerlich erkannte. Später wurde das schwarze Sammet-Buckskin von England eingeführt; in der großen Industriestadt Manchester erzeugt, benannte man es kurzweg „Sammetmanchester“. Traditionell bei der Junft der Zimmerer, war von jeher das Tragen von schwarzen Hüten und der Bekleidung und so wurde auch der „Sammetmanchester“ von den „Fremdgehriebenen“ als zünftig übernommen. Diese kleidbare Tracht wurde viele Jahre lang als „Zimmermannskluft“ unverändert getragen. Besonders in den Jahren nachdem Weltkrieg änderte sich dieses Bild. Man erfand die Schnitthosen, deren Ausmaße sich dauernd steigerten. In den Schlampersäcken der Füße wurden noch Perlmutterknöpfe, in den Nähten grelle Biesen angebracht, ein Wehrgehänge wurde als Uhrkette über der Brust getragen und in den Ohren lange Zigeunerbummels und Handwerksembleme befestigt, der Spint oder Kalabrejter mit 50 Zentimeter Durchmesser über den jugendlichen Gehirnkasten gestülpt und der widerlich phantastische Aufputz war beendet. In dieser Tracht glaubte man seinen Mitmenschen imponieren zu können und wußte nicht, wie geschmacklos dieser Aufzug wirkte, wie gehässig man über diese Aufgeblasenheit und dieses alberne „Dicketun“ redete und wie es die Grobheit und Laclust der andern reizte. Jeder Narr liebt seine Kappe, und es ist gewiß jedemanns eigene Angelegenheit, sich so lächerlich zu machen, wie er will. Doch diese jungen Leute sollten ihren Karnevalsdrang wirklich anderswo betätigen und nicht das Ansehen und die Achtung untergraben, die bisher der alte zünftige Zimmergesell in seiner Ehrbarkeit und Rechtfchaffenheit, in seiner geraden Einfachheit und derben Schlichtheit immer genossen hat. Der Zimmerer und sein Beruf dürfen nicht zur Karikatur werden.

Es könnte zur Entschuldigung dieser Geschmackverirrung auf die analogen Beispiele der Modeentartung in der Frauenwelt und der ähnlichen Narretei der Breeschshosen hingewiesen werden. Allein hier ist dieser Ueberfluß an Stoff, an den Oberschenkeln als geschlossene Säcke angebracht, die nicht hinderlich und seinem Träger keinerlei Nachteile bringen. Die weiten Schnitthosen aber von einem Meter und mehr Umfang gewähren Kälte, Hitze und Staub leichteren Zutritt zum Körper; sind deshalb nicht nur unästhetisch, sondern auch unhygienisch und gesundheitsschädigend, besitzen demnach keinerlei Vorteile und Vorzüge, die die Aufrechterhaltung und Weiterführung dieser Modetorheit empfehlenswert machen. Ganz abgesehen soll hier werden von dem Krimskrams und Fritlesanz, womit man sich zu schmücken für nötig hält.

Auch die Kleidung zeigt den Maßstab kulturellen Fortschrittes, sie charakterisiert die Eigenheiten von Volkstämmen, von Korporationen, gesellschaftlichen Kliquen und auch einzelner Individuen. Darum sollte auch von unsern Kameraden die Grenze des Taktes und der Natürlichkeit nicht überschritten werden und Ausartungen wie diese sich in der Kleidung zeigen, bald wieder verschwinden. Denn Zimmermannsart und Rechtfchaffenheit liegt nicht in dem Tragen weicher Beinkleider, sondern in einer kraftvollen Gestalt und zielbewusster Klarheit, die in kameradschaftlicher Treue zueinander und im Kampfe gegen die finstere Reaktion ihren Ausdruck findet.

Das Internationale Arbeitsamt im Jahre 1928.

Die Erfolge der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts finden ihren Ausdruck in der steigenden Zahl der Ratifikationen der Uebereinkommen der Arbeitskonferenz. Auf diesem Gebiete hat das Jahr 1928 einen ganz beachtlichen Fortschritt gebracht. Die Zahl der ratifizierten Uebereinkommen ist um 85 auf nunmehr insgesamt 333 Ratifikationen gestiegen, während die Steigerung im Jahre 1927/28 um 30 betrug. Auch die Zahl der Uebereinkommen selbst hat im Jahre 1928 eine Erhöhung erfahren. Die vom 30. Mai bis 19. Juni 1928 in Genf tagende 11. Internationale Arbeitskonferenz hat mit 66 gegen 21 Stimmen ein internationales Uebereinkommen, betreffend die Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen, angenommen. Dieses Uebereinkommen verpflichtet jeden ratifizierenden Staat Verfahren zu schaffen, die es gestatten, Mindestlöhne für die Arbeitnehmer in gewissen Gewerbebezügen oder Teilen von Gewerbebezügen, insbesondere in der Heimindustrie festzusetzen, sofern keine Einrichtungen zur wirksamen Regelung der Löhne bestehen, oder wenn die Löhne außerordentlich niedrig sind. Damit hat sich die Zahl der auf den bisher abgehaltenen 11 Internationalen Arbeitskonferenzen angenommenen Uebereinkommen auf 26 erhöht.

Weiter wurde auf dieser Konferenz die Frage der Unfallverhütung einer ersten Beratung unterzogen und einstimmig beschlossen, die Frage zur endgültigen Beschlußfassung auf die Tagesordnung der 12. Internationalen Arbeitskonferenz zu setzen, die im Mai/Juni 1929 in Genf stattfindet. Es wurde ferner ebenfalls einstimmig beschlossen, im Rahmen dieser Konferenz auch die Frage des Schutzes der mit dem Be- und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter zu behandeln.

Neben der Schaffung internationaler, arbeitsrechtlicher Uebereinkommen und der Förderung ihrer Ratifikation fällt dem Internationalen Arbeitsamt die wichtige Aufgabe zu, die Durchführung dieser Uebereinkommen zu überwachen. Die Regierungen berichten auf Grund der Vorschriften des Artikels 408 des Friedensvertrages alljährlich über die von ihnen zur Durchführung der ratifizierten Uebereinkommen ergrieffenen Maßnahmen. Diese Berichte werden von einem Sachverständigenausschuß geprüft. Es kann gesagt werden, daß sich die im Vorjahre mit der Einführung dieses Verfahrens verbundene Hoffnung auf eine wirksame Kontrolle der Durchführung ratifizierter Uebereinkommen erfüllt hat.

Die Sitzungen des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes haben sich im Jahre 1928 wiederholt mit dem Vorschlag der englischen Regierung befaßt, das Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag abzuändern und seine Revision auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz von 1929 zu setzen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Dagegen nahm der Verwaltungsrat Grundsätze für ein Verfahren der beschränkten Revision internationaler sozialpolitischer Übereinkommen an. Es wurde ferner der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes beauftragt, für alle im Jahre 1919 angenommenen Übereinkommen einen Bericht über ihre Durchführung vorzulegen gemäß der in diesen Übereinkommen enthaltenen Bestimmung, daß alle 10 Jahre über ihre Durchführung an die Konferenz zu berichten ist.

Weiter hat der Verwaltungsrat beschlossen, im Jahre 1929 neben der allgemeinen Internationalen Arbeitskonferenz eine besondere Schiffahrtskonferenz abzuhalten, die im Oktober stattfinden wird und sich hauptsächlich mit der Frage der Regelung der Arbeitszeit an Bord und der Frage des Schutzes erkrankter Seeleute befassen soll.

Im Jahre 1928 haben auch einige Ausschüsse des Internationalen Arbeitsamtes oder des Verwaltungsrates getagt, so der paritätische Schiffahrtsausschuß, der Sachverständigenausschuß für gewerblichen Gesundheitschutz, der sich hauptsächlich mit der Frage der Erweiterung der Liste von entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten befaßt, ferner der Sachverständigenausschuß für Eingeborenearbeit, dessen Beratungen einer Vorbereitung der Behandlung der Eingeborenearbeit auf der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz dienen. Weiter hat der beratende Ausschuß für geistige Arbeiter im Oktober seine erste Tagung abgehalten und sich dabei mit der Frage der Konkurrenzklausele im Arbeitsvertrag der Techniker und Angestellten in Handel und Gewerbe befaßt.

Darüber hinaus hat der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes im Jahre 1928 eine Reihe von Vertretern der Beamtenorganisationen in den verschiedenen Ländern zum Zwecke einer Aussprache nach Genf eingeladen. Ferner hat er, wie schon bei früheren Gelegenheiten, eine Anzahl von Vertretern der großen Angestelltenorganisationen eingeladen, um mit ihnen über Fragen des Angestellten schutzes zu beraten.

Im Jahre 1928 hat das Internationale Arbeitsamt seine Aufmerksamkeit im wachsenden Maße der Arbeit der farbigen Rassen und insbesondere den asiatischen Problemen zugewandt. Dies fand seinen Ausdruck in der Reise des stellvertretenden Direktors des Internationalen Arbeitsamtes nach Südafrika, wo er sich an Ort und Stelle über die einschlägigen Fragen im Hinblick auf die für 1929 vorgesehene Beratung der Frage der Eingeborenearbeit auf der 12. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz unterrichtete. Weiter befindet sich der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, augenblicklich auf einer Informationsreise nach Japan und China, die dem Zwecke dient, die auch für die europäische Arbeiterschaft so wichtigen Probleme der asiatischen Arbeit einer Lösung auf dem Wege der internationalen Gesehgebung näherzubringen. Dies Bestreben findet auch seinen Ausdruck in der kürzlich erfolgten Eröffnung eines indischen Zweigamtes des Internationalen Arbeitsamtes in Delhi.

Neben dieser Arbeit waren auch die wissenschaftlichen Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes im Jahre 1928 sehr umfassend. Außer den zur Vorbereitung der Konferenz erforderlichen Berichten und Dokumenten neben dem als Jahrbuch der internationalen Sozialpolitik geltenden Bericht des Direktors an die Internationale Arbeitskonferenz, der im vergangenen Jahre in allen Kreisen allgemeine Anerkennung gefunden hat, neben der Veröffentlichung periodischer Schriften, der Gesehreihe und anderer mehr, sind im Jahre 1928 wieder zahlreiche, sehr bedeutende Studien und Berichte erschienen, von denen insbesondere das große fünfbandige Werk über „Das Recht der beruflichen Vereinigung“ erwähnt zu werden verdient, sowie die kürzlich erschienenen Studien über „Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Journalisten“, „Die Löhne und Arbeitszeit in den Steinkohlenbergwerken“ und „Die Methoden der Wohnstatistik“.

Alle diese Maßnahmen des Internationalen Arbeitsamtes dienen dem Ziele, die im Teil XIII des Friedensvertrages aufgestellten Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit nach und nach zu verwirklichen.

Die Grundlage des Arbeiterlebens in Sowjetrußland.

Vortrag des Oberregierungsrats Joachim, gehalten in der ersten Sitzung des ADGB. am 7. Dezember 1928 in Kiel.

Einen zusammenhängenden Ueberblick über die Sowjetunion und ihre Einrichtungen kann sich nur der verschaffen, der sich sprachlich und sachlich auf eine Informationsreise in Rußland vorbereitet hat. Eine Arbeiterdelegation kann sich unmöglich in dieser fremden Welt zurechtfinden, weil ihr nahezu jede erforderliche Vorkenntnis fehlt.

Es fehlt uns an gründlicher Kenntnis der Rechtsgrundlagen der Sowjetunion. Die Literatur darüber ist unzureichend. Man hört dies und jenes, aber man weiß wenig von den beherrschenden Grundauffassungen. Das gleiche gilt für die Arbeitsverfassung Sowjetrußlands. Um sie wirklich zu verstehen, ist es notwendig, rechtsvergleichend vorzugehen, das heißt, die Arbeitsverfassung Rußlands muß in Beziehung gesetzt werden zu der Arbeitsverfassung in Deutschland.

Die Grundlage der Arbeitsverfassung in Deutschland ist der Tarifvertrag. Er ist es auch in Rußland. Der betreffende Paragraph im Arbeitsgesetzbuch deckt sich fast wörtlich mit dem ersten Artikel des deutschen Tarifvertragsgesetzes. Die Übereinstimmung kommt daher, daß die russische Arbeitsgesetzbuch diese Bestimmung aus der deutschen Gesehgebung übernommen hat. Wird nun aber der Tarifvertrag als Grundlage der Arbeitsverfassung anerkannt, so ist das nur möglich unter der Voraussetzung, daß es auch in Rußland Arbeitnehmer und Arbeitgeber

gibt. Die vernünftigen Russen, die viel vorurteilsloser über die Verhältnisse in Rußland denken und sprechen als ihre Parteigänger in Deutschland, leugnen denn auch nicht, daß Rußland noch kein sozialistischer Staat ist.

Was für Arbeitgeber gibt es in Rußland, wie sind sie geartet? In der Literatur findet sich darüber kaum etwas. Es gibt drei verschiedene Arbeitgebergruppen im Gewerbe.

Die erste Gruppe sind die landläufigen Arbeitgeber, wie es sie überall gibt. Es gibt zwar keinen Großarbeitgeber, wohl aber handwerkliche Arbeitgeber, Kleinarbeitgeber. Die Kleinbetriebe sind — vom Standpunkt der Durchführung der Arbeitsgesetze — auch in Deutschland am schwersten zu kontrollieren. Aus der großen Zahl von Arbeitsgerichtsverhandlungen, denen er beigewohnt hat, konnte der Vortragende ersehen, daß es sich in Rußland um die gleichen Arbeitsstreitigkeiten handelt wie in Deutschland. Innerhalb der Gesamtproduktion hat zwar der Kleinbetrieb geringe Bedeutung, besonders in Moskau und Leningrad. Um so wichtiger ist er für das Arbeitsleben; um so häufiger findet man ihn in den kleinen und mittleren Städten. Die Sowjetunion besteht noch weniger aus Moskau und Leningrad, als Deutschland aus Berlin. Je weiter man von Moskau und Leningrad wehkommt, um so mehr drängt sich der private Unternehmer in das Straßenbild, besonders im Süden, zum

Konjunkturstatistik.

Am 21. Januar finden erstmalig in unserm Verband Erhebungen über die Konjunktur statt. An den Erhebungen sind rund 300 Zahlstellen beteiligt. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Statistik müssen die Zahlstellenvorstände alles Erforderliche in die Wege leiten, damit das Ergebnis der Erhebungen von dem Zentralvorstand umgehend bearbeitet werden kann.

Beispiel in Charkow. In Moskau gibt es zum Beispiel nur städtische oder genossenschaftliche Speisehäuser. In Charkow dagegen fast nur private Restaurants, ebenso in Tiflis. Auch die Konfektionshäuser sind dort in privaten Händen. In Moskau beschafft man sich die Anzüge in der Cooperative; in Odessa beim privaten Schneider. Der private Arbeitgeber ist also in der Sowjetunion keineswegs verschwunden. Auch der Kampf gegen ihn wird nur in den Hauptstädten mit wirklicher Energie geführt. Die privaten Arbeitgeber haben allerdings, auch wenn und obwohl sie russische Staatsangehörige sind, kein Staatsbürgerrecht — zum Beispiel kein Wahlrecht —, weil sie fremde Arbeitskräfte ausbeuten. Die Entscheidung, wer als Ausbeuter anzusehen ist, trifft die Verwaltung. Indessen ist diese rigorose Bestimmung von begrenzter Geltung, als ihr Wortlaut zugulassen scheint. Zum Beispiel fällt die Beschäftigung von Hausangestellten nicht unter den Begriff der Ausbeutung. Hausangestellte für einzelne Familien oder Kreise von Familien gibt es aber in Rußland sehr häufig; letztere deshalb, weil in den meisten Fällen Mann und Frau arbeiten müssen und sich nicht um die Kinder kümmern können. Teilweise scheint es auch in der Landwirtschaft Ausnahmen von der Regel zu geben. Zum Beispiel haben, so wird wenigstens von der Trozki-Opposition behauptet, Großbauern da und dort das Wahlrecht.

Die zweite Gruppe der Arbeitgeber sind die Konzessionäre, das heißt, keine russischen Staatsangehörige, sondern Ausländer. Sie kommen nach Rußland herein, weil für die Rationalisierung der Betriebe Kapital benötigt wird. Geld hat man in Rußland noch weniger als in Deutschland. Selbst wenn die Sowjetindustrie noch so gut organisiert wäre, würde ihr die amerikanische Bankwelt kein Geld geben, weil sie eben Sozialisten kein Geld geben will. Man kann daher Geld auf dem Wege der Anleihe nicht bekommen. Man muß zum Geld den Unternehmer mit in Kauf nehmen. Diese Maßnahme läßt sich nicht als „Verramschung der Staatsindustrie“ bezeichnen, wie es vielfach geschieht. Die Konzessionen sind überdies kein so großer Teil der russischen Gesamtwirtschaft, wie häufig angenommen wird. Vor allem: Diese Konzessionäre unterstehen den arbeitsrechtlichen Gesehen genau so wie die andern Unternehmer. Die Bestimmungen, die für sie gelten, sind sogar eher noch schärfer. Die Ausländer bekommen die Konzessionen nur, wenn sie mit den russischen Gewerkschaften einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die mitgebrachten deutschen Arbeiter stehen vertragsmäßig unter deutschem Arbeitsrecht; sie werden im allgemeinen besser entlohnt als die russischen Arbeiter. Die mitgebrachten Arbeiter sind in der Regel Werkmeister und Vorarbeiter. Der Konzessionär kann nicht denselben Tarifvertrag bekommen, wie etwa der Arbeitgeber der öffentlichen Hand, das heißt, die in den Betrieben der öffentlichen Hand geltenden Tarifverträge haben schlechtere Arbeitsbedingungen.

Die erste und zweite Gruppe spielen zahlenmäßig keine Rolle gegenüber der dritten Gruppe: dem Arbeit-

geber der öffentlichen Hand. Der Hauptarbeitgeber ist nicht der Staat. Die Entwicklung geht in eine ähnliche Weg wie in Deutschland. In den Staatsbetrieben der Vorkriegszeit bestand die Tendenz zur Umwandlung der Arbeitsverhältnisse in das Beamtenverhältnis. Der Arbeitnehmer wurde gewissermaßen Staatsfunktionär. So war es bei der preußischen Staatsbahn. Das ist anders geworden, sowohl bei der heutigen Reichsbahn wie bei der Reichspost: Es sind verselbständigte Unternehmungen der öffentlichen Hand, keine Staatsunternehmen. Ähnlich liegt es bei der Preußag. Auch die Kommunen in Deutschland gehen dazu über, ihre Unternehmungen zu verselbständigen. Um verselbständigte Unternehmen in diesem Sinne handelt es sich auch in Rußland, also nicht um Staatsunternehmen.

Der „Oberste Volkswirtschaftsrat“ in der Sowjetunion ist die Generaldirektion der verselbständigten Industrien der öffentlichen Hand. Der Vorsitzende ist zugleich Volkskommissar, also Minister im Kabinett. Seine Stellung entspricht etwa der des Reichspostministers in Deutschland beziehungsweise des Reichsverkehrsministers vor der Internationalisierung der Reichsbahn. Wie für das ganze Reich den Obersten Volkswirtschaftsrat, gibt es für die einzelnen Republiken der Sowjetunion Volkswirtschaftsräte, gleichfalls mit Kommissaren an der Spitze. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat nicht nur Einfluß auf die unionsetzenden Industrien, sondern auch auf die Industrien der einzelnen Republiken. Jede der einzelnen Industrien ist ein einheitliches verselbständigtes Unternehmen, etwa der Metalltruff, Ledertruff usw. Zu unterscheiden sind Uniontruffe und Republiktruffe. Zum Beispiel ist der Jugo-Stahltruff ein Uniontruff, die meisten Truffe gehören aber den einzelnen Republiken. Diesen Truffen unterstehen die einzelnen Betriebe.

Die Volkswirtschaftsräte gliedern sich in verschiedene Abteilungen, darunter auch eine tarifökonomische Abteilung, die sich mit den Arbeitgeberfragen befaßt. Diese Abteilungen sind in den Verhandlungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen nicht etwa nachgiebiger als die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Deutschland beziehungsweise die ihnen unterstellte Industrieverwaltung ist. Ebenso arbeitgeberisch eingestellt wie etwa die entsprechende Abteilung bei Siemens. Sie können nach Ansicht des Vortragenden auch nicht anders vorgehen, denn der russische Staat ist eben kein sozialistischer Staat; er ist höchstens auf dem Wege zum Sozialismus.

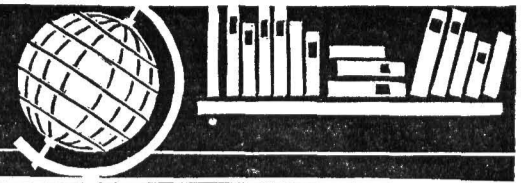
Es gibt Reichs-, Landes- und unter Umständen auch Bezirksstarife. Dabei zeigt sich, daß ein sehr wichtiges Problem auch in Rußland keine befriedigende Lösung gefunden hat: Wir können — auch in Deutschland — die schönsten Tarife haben, die Akkorde werden ja in den Betrieben geregelt, nicht in den Tarifen. In Rußland ist es nicht anders. Das war die größte Enttäuschung des Vortragenden, der gehofft hatte, gerade auf diesem Gebiet in Rußland neuartige Lösungen vorzufinden. Da nun der Akkordlohn in Rußland die Grundlage des Arbeitslohnes ist — also anders als in Deutschland —, so ist die auch in Rußland geübte Methode der Akkordregelung in ihrer Wirkung besonders ungünstig, trotzdem der Direktor ein roter Direktor ist. Die Gefahren der betrieblichen Regelung der Akkorde sind trotz der grundsätzlichen Kräftigung der Stellung des Arbeiters im Betriebe kaum weniger groß als in Deutschland. Der rote Direktor ist zwar immer früher Arbeiter gewesen, aber er ist eben doch der Leiter des Betriebes; er wird nicht etwa gewählt, sondern auf Weisung des Volkswirtschaftsrats eingesetzt. Für den roten Direktor gilt, was für die tarifökonomischen Abteilungen der Volkswirtschaftsräte gesagt worden ist: er muß alles herauswirtschaften, was herausgewirtschaftet werden kann, sonst verläßt er sich nach der herrschenden Auffassung an dem Gesamtproletariat zugunsten einer Gruppe von Proletariern. Er ist ein Funktionär des proletarischen Staates.

Die Arbeitnehmer sind genau wie in Deutschland organisiert in den Gewerkschaften, und zwar sind sie in gleicher Weise verfassungsmäßig die Vertreter der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern wie gegenüber dem Staat. Diese Vertretung ist, wie aus dem vorhergehenden sich ergibt, auch unbedingt notwendig. Der Vortragende war im ganzen von den russischen Gewerkschaften angenehm enttäuscht. Es herrscht zwar ein gewisser Bürokratismus bei dem zentralen Gewerkschaftsrat, aber in den unteren Instanzen weniger. Der Zentralismus ist in Rußland stärker, weil die zentralen Gewerkschaftsinstanzen zuerst da waren und erst dann die Industrieorganisationen im deutschen Sinn ausgezogen worden sind. Die Zentrale hat dementsprechend stärkere Befugnisse, ebenso die Bezirksgewerkschaftsräte.

Die russischen Gewerkschaften sind reine Industrieverbände, zum Beispiel der Verband der Arbeitnehmer in der Metallindustrie umfaßt alle Arbeitnehmer vom ersten Ingenieur bis zum letzten Laufjungen. Die Gliederung ist im allgemeinen wie in Deutschland, bis auf die unterste Stufe, die nicht die Ortsverwaltungen bilden, sondern die Betriebsräte. Die Betriebsräte können insofern auch Tarifverträge beziehungsweise Betriebsvorrichtungen abschließen, eben weil sie Bestandteile der Gewerkschaften sind.

Die Organisation der Arbeitnehmer entspricht genau der Organisation der Arbeitgeber. Der Artikel 165 der Deutschen Reichsverfassung ist in Rußland ganz klar durchgeführt. Der Arbeitskommissar wird stets dem zentralen Gewerkschaftsrat entnommen, wie umgekehrt der Wirtschaftskommissar dem Obersten Volkswirtschaftsrat. Wie jene im Kabinett zusammenarbeiten, gibt es in den Betrieben eine ständige Betriebsarbeitsgemeinschaft (Vertreter der sozialpolitischen Abteilung der Betriebe und Betriebsräte). Ihre Aufgabe ist zum Beispiel die Erledigung der meisten Arbeitsstreitigkeiten (und zwar ohne unparteiischen Vorsitzenden), außerdem die Regelung der Akkorde. Die Betriebsarbeitsgemeinschaften (R.A.G.) scheinen die allerbedenklichsten Einrichtungen der russischen Arbeitsverfassung zu sein, denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Interessen der Arbeiter auf diesem Wege wirksam wahrgenommen werden können.

UNTERHALTUNG & WISSEN



Wir zimmern neu die alte Welt. (Fortsetzung.)

Bei den Arbeitern aber wurde auf den Nachhausewege die Frage am lebhaftesten besprochen: Wo waren die Gendarmen hergekommen? Wo sind sie stationiert? Wer hatte sie herbeigerufen? Und zu welchem Zweck? Niemand wußte es. Es war ja auch gleichgültig. Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Dohs noch Esel auf. Dem Fortschritt der Zeit vermögen auch Ritter und Reifige, Polizei und Landgendarmen nicht Halt zu bieten.

Schon am andern Tage begann ein eifriges geheimnisvolles Treiben auf allen Baustellen. Vertreter der Zentralvorstände waren eingetroffen. Sie hatten mit den bisher leitenden Personen alles Nähere besprochen. Überall wurden Listen zu Unterschriften herumgereicht, es wurden Besprechungen abgehalten und abends fand in aller Stille die Vorbesprechung zwecks Gründung einer Zählstelle der Organisation statt. Freilich: eine Einmütigkeit und Uebereinstimmung im Willen war noch nicht zu erringen. In Vielen war das Allhergebrachte noch zu fest verankert; das war nicht so schnell loszulösen. Andere wieder standen dem Neuen, Ungewohnten zweifelnd und wenig vertrauend gegenüber, während wieder andere ängstlich einen Bruch mit der Meisterschaft vermieden wissen wollten. Diese letzteren waren besonders dem Neuen am schwersten zugänglich, sie sagten: „Wozu brauchen wir einen Verband, der sich doch nur gegen die Meister richtet? Es ist doch die vielen langen Jahre ganz gut ohne Verband gegangen? Was sollen wir denn das erst anfangen? Damit erzürnen wir die Meister, die sich doch am Quatember so anständig gezeigt haben.“ Es wurde ihnen bedeutet, daß gerade solche Anständigkeit ein Zwangs- und Abhängigkeitsverhältnis schafft. Statt bei niederen Löhnen einmal im Jahre Freibier von den Meistern zu erhalten, wolle man dahin streben, das ganze Jahr höhere Löhne zu bekommen und auf keine Kosten selbst zu trinken, wenn es einem beliebt. So wurden bei dem ersten Herumreichen der Listen noch keine großen Erfolge erzielt. Immerhin hatte die Mehrzahl sich doch zum Beitritt bereitgefunden. Diese wurden dann zum Sonnabendabend in das Parteilokal geladen, da zeigte es sich, daß die Zimmerleute fast vollzählig erschienen waren. Der Vertreter des Hauptvorstandes hielt einen Vortrag über: „Zweck und Nutzen des Verbandes.“ Er sprach und beendete seinen lehrreichen Vortrag unter großem Beifall. Dann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Das Neue, Eigenartige dieser Handlung, alle Kameraden zusammengeführt, mit einem Vorstand an der Spitze, übte eine besondere Wirkung aus. Der Organisationsgedanke, das Gemeinheits- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken, hatte Wurzel gefaßt. Nicht mehr eine jährliche Zusammenkunft unter Vorsitz eines Altgesellen, um Lehrlinge auszubilden, sondern eine monatliche Versammlung, um Arbeitsfragen zu regeln, bildende Vorträge zu hören, das Solidaritätsgefühl zu stärken und als aufrechte Männer für eine bessere Zukunft zu streiten und wenn es sein muß, im Kampf zusammenzutreten, das war es, was sie alle so begeisterungsvoll stimmte und bald auch den letzten Kameraden überzeugte und gewann. Nunmehr gab der Vertreter des Hauptvorstandes nochmals Anleitung und Anweisungen zur Führung der Geschäfte, dann wurden die kassen- und verwaltungsgeschäftlichen Angelegenheiten geregelt. Nachdem Eintrittsgeld und ein Wochenbeitrag gezahlt worden waren, wurde das Statut verbindlich und die materielle Sicherheit bei einem Streik damit gewährleistet. Sodann wurde noch eine Lohnkommission vorgeschlagen und gewählt, die aus fünf Mitgliedern bestehend — gewollt oder ungewollt — die fünf ersten Poliere der fünf größten Baugeschäfte dazu erkor. Der Autoritätsglaube war noch stark und rein, doch versprach man sich auch wohl einen leichteren Kampf durch diese Wahl. Nach dem Motto: „Adermann, geh' du voran, du hast die längsten Stiefeln an“, glaubte man, einmal würde man den Meistern gegenüber ein leichteres Spiel haben und die Gesellen würden bei Führung des ersten Poliers samt und sonders folgen. Natürlich ergab das bald eine arge Enttäuschung und für spätere Zeiten eine heilsame Lehre. Leider konnte Karl Sommer nicht in die Streikleitung eintreten, da er an jenem Abend noch wegen Aufwiegelung verhaftet worden war. Man suchte ihm einen Strick zu drehen, doch nach den einstimmigen Zeugenaussagen, selbst die Gendarmen konnten nichts Belastendes vorbringen, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Es wurde ihm aber angedroht: Sollte bei einem eventuellen Streikausbruch seine Tätigkeit hierbei erkenntlich werden, würde ihm sofort der Prozeß gemacht. Seiner eigenen Sicherheit halber blieb er deshalb künftig stets im Hintergrunde, von wo er dann alles dirigierte und wo alle Fäden zusammenliefen.

Nun hatte die Lohnkommission ihre Arbeit begonnen. Ihre Verhandlungen mit den Meistern war ihrer Stellung entsprechend mehr freundschaftlicher Art. Ein paar verbindliche Redensarten und der Vorschlag der Meister, ihnen selbst sofort 40 Pfennig pro Stunde zu berechnen, wurde von vier Mann angenommen. Somit war für die Lohnkommission selbst die Sache geregelt, nur nicht für den Schnuffel, der auch hier dieses Sonderangebot mit den Worten ablehnte: „Ich bin nicht für mich in die Lohnkommission gewählt, sondern für die Zimmerleute soll ich hier wirken.“ Die Neuwahl der neuen Lohnkommission ergab die Wiederwahl des bewährten Schnuffel, zweier älterer und zweier jüngerer Kameraden. Unter den letzteren befand sich auch Kurt Brandel, der schon als Schriftführer mit zum Vorstand zählte.

Die neue Lohnkommission suchte nun bei der Baugewerksinnung beziehungsweise den Zimmermeistern um eine neue Verhandlung nach, die kurz abgelehnt wurde mit dem Bemerkten: „Alles Nähere würde folgen. Schon andern Tages folgte das Nähere — das einen Sturm der

Entrüstung, den Streik und die geschlossene Einigkeit sämtlicher Zimmerer hervorrief. Bei Meister Kogler spielte sich das folgendermaßen ab: Gestiefelt und gesportet, mit einem weinroten Gesicht, seinen Spazierstock schwingend, betrat Kogler — es war kurz vor Mittag — von der Straße her den Platz. Auf den Knien liegend war der Schnuffel in die vor ihm ausgebreitete Zeichnung vertieft, ohne das Kommen des Gewaltigen wahrzunehmen. Dieser trat auf Schnuffel zu mit den scharf und heftig ausgesprochenen Worten: „Das ist ja nett! Sie als erster Polier vertreten diesen Blödsinn der Leute!“ Der Schnuffel richtete sich auf und antwortete schlagfertig: „Ja gewiß, Sie als erster Meister vertreten ja den noch größeren Blödsinn, fremden Junggesellen höhere Löhne zu zahlen als ihrem langjährigen Polier.“

Einen Augenblick starrte Kogler ihn sprachlos an, dann jagte er unwirsch: „Das macht man doch nur bei den riesigen Aufträgen, um Leute zu erhalten, das müßten Sie doch verstehen.“

„Nein, das verstehe ich ganz und gar nicht! Fremden jungen Leuten, die gerade ausgelernt haben und vielleicht schon morgen wieder weiterziehen, höhere Löhne zu zahlen als künftigen langjährigen Polieren und Gesellen, die doch wohl immer ihre Schuldigkeit taten.“

„Ja, ja, ich verstehe, Schuldigkeit taten. Die Meister müßten nur noch ein Quartalfest ansetzen, daß sich die Gesellen mal wieder toll und voll saufen können, dann wäre schon alles gut.“

Da fuhr aber der Schnuffel in die Höhe und rief laut, daß es über den Platz schallte: „Nicht toll und voll saufen wollen sich die Gesellen mehr, sondern sich satt essen und menschenwürdig leben. Das Toll- und Vollsaufen überlassen sie denen, die täglich in Champagner besoffen sind und morgens mit der Droschke heimgeschafft werden müssen.“

Der Hieb hatte gefesselt. Kogler machte kurz kehrt und verschwand schleunigst im Bureau unter dem spöttischen Lachen der Gesellen. Bald darauf wurde ein Zettel an das Brett geschlagen folgenden Inhalts: „Laut Beschluß der Baugewerksmeister wird von heute ab — wegen Ueberhäufung von Arbeiten — die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt; Vergütungen werden keinerlei gezahlt. Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht sofortige Entlassung nach sich.“

Fortsetzung folgt.

Mensch und Buch.

Aus: „Die Bücherwelt“ (Novemberheft), Zeitschrift der Bücherwelt, Berlin SW. 61, Dreilindenstraße 5. Jedermann kann Mitglied werden. Aufnahmegebühr 75 S. Beitrag 1 M. pro Monat. Jedes Vierteljahr ein künstlerisch wertvolles Buch.

Im Grunde ist jedes Buch, das sich nicht mit einer speziellen Wissenschaft befaßt, eine Spiegelung unseres Ichs oder doch gewisser Seiten unseres Wesens. Nicht nur der Roman, dem es ja besonders um die Darstellung des „Menschlichen“ geht und der darum Schicksale und Charaktere aufrollt, sondern auch — beispielsweise — das Reise- und Abenteuerbuch rührt an unser Persönliches, da in uns allen die Schaulust der Augen und der Seele steckt; da wir alle — der eine mehr, der andere weniger — in uns die Lust am Abenteuer, am Ungewöhnlichen, die Freude am Entdecken bergen. Wenn das stärker bei der Jugend, schwächer bei den „älteren Semestern“ deutlich wird, dann beweist es doch nichts gegen die behauptete Tatsache, sondern es zeugt nur von der Ueberlagerung natürlicher Instinkte und Neigungen durch die Last der Jahre und ihrer Ergebnisse, die oft zu einer gewissen Resignation, zu einer „Verstaubung“ des seelischen Menschen führen.

Der Alltag hält die große Mehrzahl der schaffenden Menschen in einer engen Welt. Die Wirklichkeit richtet Mauern um uns auf, die dem Ablauf unserer Tage strenge Grenzen ziehen. Fast jede Stunde hat ihren Weiser, dem wir gehorchen müssen, vor allem aus wirtschaftlichem Zwang, oft aus Gesundheitsrücksichten, aus Pflichtbewußtsein, Ueberzeugung usw.

Diese äußere Anreihung wird von den einzelnen gewiß verschieden stark empfunden. Die Gewöhnung, das Wissen von der Unvermeidbarkeit der Tatsachen, zuweilen auch das Minderwertigkeitsgefühl gedrückter Seelen, läßt viele sich leichter mit den Dingen abfinden als andere, die immer wieder nach einem Ausweg aus der Enge ihres Daseins suchen. Wenn diese schon den äußeren Zwang nicht abschütteln können, dann ist doch stark in ihnen das Bestreben, der geistigen und gefühlsmäßigen Einengung zu entfliehen. Weite Horizonte sollen sich ihnen öffnen, ferne Länder und jene näheren seelischen Landschaften, die bunt und bewegt unter der grauen Oberfläche des Alltags immer wieder neu zu entdecken sind. Wir wollen das Leben sehen, wollen den Rhythmus seines Herzens, seine Pulse, wollen die Unermeßlichkeit seiner bauenden und zerstörenden Kräfte spüren.

So gesehen ist jede Vertiefung in ein Buch eine Reise: Ein Ausflug aus der engern in die weitere Welt — auch dann, wenn diese Welt in unserer Stube oder Werkstatt beginnt. Was der Alltag an gewissen Elementen unseres Wesens brachliegen ließ, erwacht, gerät in Schwingung und vermittelt uns neue Ein- und Ausblicke, die wir wie wohlthuende Lichtstrahlen empfinden. Unsere Phantasie wurde angeregt und sie wird mitschöpferisch tätig.

Man hat diese wundervolle Fähigkeit der gedanklichen Vorstellung eine „Verkörperung des Unrealen“ genannt. Diese widerprüchsvolle Bezeichnung mag man anerkennen oder nicht — die Phantasie ist und bleibt eine Kraft, die deshalb so wertvoll ist, da sie uns Gedachtes und Empfundenes bildhaft vor das innere Auge stellt und uns das Nachschaffen fremder Vorstellungen ermöglicht.

Das Buch ist einer ihrer stärksten Anreger — und damit eine Macht, deren Wirkung weit über die Befriedigung matter Unterhaltungsbürfnisse hinausgeht.

Was der Dichter entwarf, was der Forscher darstellte — es sind letzten Endes nur die „goldenen Eimer“, die unser Bewußtsein und Unterbewußtsein tränken, um die rubenden inneren Kräfte unseres Ichs an das Licht zu ziehen und sie einzuordnen in das große allgemeine Geschehen. Darum braucht der Mensch, der eine fruchtbare Entwicklung aller seiner Kräfte will, das Buch. Das gute Buch selbstverständlich, das sich eben dadurch kennzeichnet, daß es uns innerlich bereichert.

Wenn der Verfasser es „bildete“, das heißt wenn er ihm Form, Farbe, Leuchtkraft, Vertiefung gab, dann bildet es auch uns, die Leser: Es gibt uns Erkenntnis und Selbsterkenntnis, formt an unserm Wesen und richtet unser inneres Auge auf die Gestaltung alles dessen, was uns noch ungeordnet und formlos umgibt.

Unsere Welt wird größer durch das gute Buch, reiner und heller. Darum wollen wir wertvolle Bücher lesen. Es ist nicht minder wichtig, als dem Körper gesunde Nahrung zuzuführen.

Ernst Preczang.

Reisen für die Werttätigen!

Wiederum ist ein neuer Reiseprospekt des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit für das Jahr 1929 erschienen. Er enthält eine große Anzahl der interessantesten Reisen ins In- und Ausland, und zwar nach Paris, Wien, London, Finnland, Schweiz Riviera, Dalmatien, Adria, Krakau, Hamburg—Selgoland, an den Rhein, an die Kurische Nehrung, nach Oberbayern—Nordtirol usw. Als Neuerung sind vorgesehen Ferientaufenthalte zu günstigen Bedingungen und zwar in Tesslerete bei Lugano sowie in Krimml, Tirol.

Neben den allgemeinen Studien- und Gesellschaftsreisen finden auch zwei wirtschaftspolitische Studienreisen unter sachmännischer Leitung statt, und zwar eine in das Ruhrgebiet, die andere in Berlin (Berlin als Wirtschaftsgebiet).

Um den weitesten Kreisen die Teilnahme an den Reisen zu ermöglichen, ist wiederum die Einrichtung getroffen, daß die Kosten in monatlichen Ratenzahlungen aufgebracht werden können. Je früher die Zahlungen beginnen, um so geringer ist der Gesamtpreis für die Reise.

Der reich illustrierte Prospekt ist gegen Entsendung von 35 S. in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Eine Statistik des Grauens.

Die Reichsregierung hat kürzlich eine Uebersicht über die Zahl der Militärentenempfänger veröffentlicht. Die Zahl der Rentenempfänger beträgt 795 000. Davon sind in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt 300 000 um 30 %, 120 750 um 40 %, 132 750 um 50 %, 67 500 um 60 %, 56 250 um 70 %, 27 750 um 80 %, 32 500 um 90 % und 39 750 um mehr als 90 %. Die Zahl der Kriegsblinden beträgt 1900. Von den Witwen beziehen 375 000 Militärenten. Die Zahl der unterstärksten Waisen beträgt 780 000. Darunter befinden sich 50 000 Vollwaisen. Die Zahl der Eltern mit Rente beträgt 232 000. Aus früheren Kriegen sind noch 60 000 Rentenempfänger vorhanden.

Diese Fremdwörter!

In der Vorstandssitzung eines Vereins, so berichtet die Schweizerische Bau- und Holzarbeiterzeitung Nr. 50, handelte es sich darum, das Thema eines Vortrages festzusetzen, der im nächsten Monat gehalten werden sollte. Nach Vorschlag des Vorsitzenden einigte man sich auf folgende Hauptgedanken: „Rationalisierung und psychotechnische Analyse.“ Der Schriftführer waltete seines Amtes, und in der nächsten Vorstandssitzung verliest er die Niederschrift der letzten Sitzung. Unter dem Gelächter der andern Kollegen liest er ab: „... Beschlossen wird als Resultat der gewalteten Diskussion ein Vortrag abzuhalten mit Herrn X als Referent. Thema: Rattenkollonierung und die büchsenteknische Anneliese!“ Der Schriftführer vulgo „Zionswächter“ wurde sofort abgesetzt.

Ein ähnlicher Fall hat sich in einem oberbayerischen Gebirgsdorf zugetragen. Der ehrbare Maurer Oberhuber hatte eine schriftliche Eingabe an die Behörde zu machen. Das soll für einen Maurer immer eine schwere Sache sein. Dem Oberhuber war die Adresse des Referenten bekannt, der seine Sache von Amts wegen zu bearbeiten hatte. Es war der Herr Kanzleisekretär Hahn in Regensburg, der für diese Angelegenheit zuständig war. Der Oberhuber schrieb so gut er das eben konnte die Adresse wie folgt:

Herrn
Ganz leise kräht der Hahn
Regensburg

Ob die Eingabe angekommen ist, entzieht sich leider unserer Kenntnis.

Humor.

„Was machdn eegendlich Ihre Aeldste?“ — „Die machd de Offwardung bei Morchenschdärns!“ — „Gefällberschen da?“ — „Nu, wie mersch nimmd, schufden musse, dafr amds Arme un Weene zum Leibe raushäng.“ — „De Dochder von Morchenschdärns scheint ooch äne faule Schnude zu sin.“ — „Das schdimmd. Da mußsch Sie mal ä Dinks erzähl. Neilich liegd se off am Schäßelonn so lang wie se der liebe Godd erschaffen had un läst äne Schwarde, un meine Dochder muß derweile 'n Stooß von de Neebelz summlen. Fragdsje da off eemal meine Helene: „Sagen Se mal, is de Liebe eengendlich äne Arweed ober ä Vergniegen?“ Meine Helene, schlachfärdg wie se nu eemal is, antwort ihr: „Freilein, 's wärd wohl e Vergniegen sin, wenn's äne Arweed wär, mißt ich's ooch noch mid machn.“ (Simplizissimus.)

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 3. Quartal 1928.

a) Lokalkassen. Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom 2. Quartal ..	990 250,67 M
„ Lokalfondsbeiträgen ..	531 610,90 „
„ sonstigen Eingängen ..	66 048,25 „
Summa ..	1 587 909,82 M

Ausgaben.

Für örtliche Aufwendungen insgesamt ..	455 428,38 M
Vermögensbestände am Quartalschluß ..	1 132 481,44 „
Summa ..	1 587 909,82 M

b) Zentralkasse. Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 2. Quartal ..	4 112 165,71 M
„ Guthaben in diversen Zahlstellen ..	60 879,06 „
„ Zentralfondsbeiträgen ..	1 319 066,26 „
„ Zentral-Streikfondsbeitragsresten ..	165,— „
„ Bücherhüllen ..	141,60 „
„ Zinsen ..	4 823,99 „
„ diversen Eingängen ..	2 253,87 „
Summa ..	5 499 495,49 M

Ausgaben.

Für Bauarbeiter-Internationale ..	2 363,85 M
„ Bauarbeiterschulung ..	485,52 „
„ Bildungszwecke ..	2 019,70 „
„ Erwerbslosenunterstützungen ..	128 881,30 „
„ Gemahregeltenunterstützungen ..	1 781,57 „
„ Gewerkschaftsbundesbeiträge ..	4 960,35 „
„ Konferenzen ..	2 848,15 „
„ Rechtschutz und Prozeßkosten ..	4 168,25 „
„ Statistik ..	925,— „
„ Sterbefälleunterstützungen ..	9 314,— „
„ Streiks und Lohnbewegungen ..	23 450,80 „
„ Unterstützungs-Vereinigung (Beiträge) ..	4 167,89 „
„ Verbandsliteratur ..	8 028,10 „
„ Verbandsorgane ..	45 567,76 „
„ verbranntes Werkzeug (Entschädigung) ..	1 881,40 „
„ Verwaltungskosten:	
a) zentrale ..	39 727,34 „
b) sachliche und allgemeine ..	17 020,25 „
„ Werbezwende ..	67 558,54 „
Vermögensbestand am Quartalschluß ..	5 066 211,11 „
Guthaben in diversen Zahlstellen ..	68 134,61 „
Summa ..	5 499 495,49 M

Mitgliederbewegung.

Der Mitgliederbestand vom vorigen Quartal bezifferte sich auf 108 801. Im Laufe des Quartals sind 3 Zahlstellen neu hinzugekommen, während 2 andere ihre Selbstständigkeit aufgaben, so daß am Schlusse des Quartals in 947 Zahlstellen insgesamt 112 001 Mitglieder gezählt wurden, wovon 13 059 Lehrlinge sind.

Adolf Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47.

Vorstehenden Rechnungsabschluss geprüft und für richtig befunden zu haben, bestätigen

Hamburg, den 13. Januar 1929.

Josef Melzer, 2. Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47.

Fritz Huber, Harburg a. d. E., Marienstr. 78. } Revisoren.
Ernst Rahmann, Hbg. 5, Langereihe 65, Hs. B. I. }

Materialsendung für unsere statistischen Feststellungen und unsere Konjunkturstatistik.

Das Material für die statistischen Feststellungen Januar bis Juni 1929 über Mitgliederbestand, Erwerbslosigkeit usw. ist diese Woche an alle Zahlstellen versandt worden. — Die Feststellungstermine sind 26. Januar, 23. Februar, 30. März, 27. April, 25. Mai und 29. Juni 1929.

Gleichzeitig wurde an 200 Zahlstellen das notwendige Erhebungsmaterial zur Konjunkturstatistik verschickt, und zwar nur an solche Zahlstellen, die durch Vermittlung der Gauleiter ausgesucht waren, um an dieser Konjunkturstatistik mitzuwirken. Die Empfänger, soweit sie nicht mit der Ausführung der Feststellungen beauftragt sind, werden ersucht, das Material dem hierfür in Frage kommenden Kameraden zu übermitteln. Zahlstellen, die noch nicht im Besitz des Materials sind, wollen es sofort bei dem Unterzeichneten anfordern.

Die Lösungen der Preisaufgaben im Preischiffen.

Im „Jung-Zimmermann“, Nr. 11, Jahrgang 1928, wurden die Jungkameraden zu einem Preischiffen aufgefordert. Auf Grund der Bedingungen konnten sich alle Jungkameraden, die Verbandsmitglieder sind, daran beteiligen. Der Zentralvorstand sowie der fachtechnische Mitarbeiter am „Jung-Zimmermann“, Zimmermeister Fritz Krefz, haben nachfolgende 100 Preise für diesen Wettbewerb eingeseht:

100 Preise.

1. Preis. Fritz Krefz: „Der Treppen- und Geländerbauer“, 2. Auflage.
2. Preis. Fritz Krefz: „Der Zimmerpolier“, 4. Auflage.
3. Preis. Fritz Krefz: „Das Buch der Zimmerleute“, 2. Auflage.
4. bis 13. Preis. Fritz Krefz: „Der Geländerbauer“, 1. Auflage.
14. Preis. Fritz Krefz: „Der Taschen-Schiffapparat“.
15. bis 17. Preis. Fritz Krefz: „Der Schul-Schiffapparat“.
18. bis 22. Preis. Fritz Krefz: „Das Buch der Zimmerleute“, 1. Auflage.

23. bis 47. Preis. Fritz Krefz: Die Broschüre „Der mechanische Abbund und die mechanische Abschiffung“, 2. Auflage.

48. bis 57. Preis. „Der Jungkamerad“.

58. bis 67. Preis. Sondernummer „Wie ein Bau entsteht“.

68. bis 77. Preis. Sondernummer „Der Holzstuppenbau“.

78. bis 80. Preis. Jugendbücher.

81. bis 100. Preis. „Zimmerer-Kalender 1929“.

Die Lösung der besonders schwierigen Aufgaben erfolgt in Nr. 2 des „Jung-Zimmermann“. Die Preisträger sind nachfolgende Jungkameraden:

1. Preis. Anton Hartmann, Hönningen i. Rh., 3. Lehrjahr.

2. Preis. Walter Litzke, Niedercunnersdorf Nr. 21, 1. Lehrjahr.

3. Preis. Willi Krause, Jena, 3. Lehrjahr.

4. bis 13. Preis. Paul Knüppel, Dahlen i. Sa., 2. Lehrjahr; Willy Helbing, Essen-West, 2. Lehrjahr; Werner Frenzel, Rostock i. M., 2. Lehrjahr; Nikolai Nielsen, Westerland auf Sylt, 3. Lehrjahr; Albert Grünwald, Hamburg 35, 2. Lehrjahr; Kurt Breitmeier, Magdeburg-L., 3. Lehrjahr; August Kropf, Adorf b. Oldenburg, 3. Lehrjahr; Heinrich Schwarze, Lübecke i. W., 3. Lehrjahr; Heinz Siller, Borna b. Leipzig, 3. Lehrjahr; Erich Grünau, Mareese 10 bei Marienwerder i. Westpr., 1. Lehrjahr; K. Sander, Erfurt, 3. Lehrjahr.

15. bis 17. Preis. Karl Helbig, Leipzig, 3. Lehrjahr; Wilh. Bartelheimer, Büttendorf Nr. 24, Post Hüllhorst, 1. Lehrjahr; Oskar Schwarz, Hamburg 23, 3. Lehrjahr.

18. bis 22. Preis. Gustav Becker, Muccum, Post Bieren, 2. Lehrjahr; Walther Köhlich, Gößlig Nr. 9, 2. Lehrjahr; Karl Paulsen, Marne i. S., 3. Lehrjahr; Josef Stroebel, Düsseldorf-Gerresheim, 1. Lehrjahr; Karl Herbst, Düsseldorf, 2. Lehrjahr.

23. bis 47. Preis. Werner Mergler, Berlin-Lichtenberg, 2. Lehrjahr; Jos. Zöllner, Essen, 4. Lehrjahr; Kurt Pöschmann, Hohenmölsen, 3. Lehrjahr; Richard Herbst, Schönau, Kreis Briesg, 3. Lehrjahr; Rudolf Bunte, Essen, 2. Lehrjahr; Reinhold Reinhold, Oberthal b. Esslingen U.-L., 3. Lehrjahr; Bruno Mundt, Kiel, 2. Lehrjahr; Günther Stelzer, Herischdorf i. Rielengebirge, 1. Lehrjahr; Carsten Nissen, Flensburg, 2. Lehrjahr; Otto Kork, Dorf- und Hucharde, 1. Lehrjahr; Willi Zink, Farmsen bei Hamburg, 3. Lehrjahr; Kurt Wunderlich, Oppurg in Thüringen, 2. Lehrjahr; Wilhelm Wella, Bochum, Post Kay, 2. Lehrjahr; Karl Heine, Goslar a. Harz, 2. Lehrjahr; Fritz Jungherr, Treptow a. d. Rega, 4. Lehrjahr; Hermann Hartmann, Behndorf bei Helmstedt, 3. Lehrjahr; Heinz Düwel, Schleswig, 2. Lehrjahr; Kurt Dienel, Friedersdorf Nr. 28, 2. Lehrjahr; Fritz Ergenzinger, Freudenstadt, Schulstraße 41; Artur Windisch, Dresden, 3. Lehrjahr; Willi Scholz, Briesg, 4. Lehrjahr; Fritz Mocker, Zwenkau, 2. Lehrjahr; Erich Jäger, Eningen b. Reutlingen, 3. Lehrjahr; Albert van Kampen, Wildeshausen, 4. Lehrjahr; Heinrich Voß, Brettorf, 4. Lehrjahr.

48. bis 57. Preis. Kurt Grahl, Ischachwitz bei Dresden, 2. Lehrjahr; Heinrich Marten, Kiel, 2. Lehrjahr; Georg Lang jr., Ludwigshafen a. Rh., 3. Lehrjahr; Paul Wrobel, Essen, 4. Lehrjahr; Erich Freimuth, Rostock i. M., 2. Lehrjahr; Karl Lünert, Hamburg, 3. Lehrjahr; Erich Freimuth, Rostock i. M., 2. Lehrjahr; Paul Knüppel, Dahlen i. Sa., 2. Lehrjahr; O. Nilsen, Kiel-Hafsee, 3. Lehrjahr; Robert Brown, Fürth, 3. Lehrjahr.

58. bis 67. Preis. Paul Pankau, Blankwitz, Kr. Flatow, 2. Lehrjahr; Otto Hense, Seehausen, Post Frankenhäusen, 3. Lehrjahr; Franz Radomicki, Ober-Ramstadt, 2. Lehrjahr; Fritz Födisch, Rüdersdorf Nr. 13, 3. Lehrjahr; Heinz Weise, Gera-Neuß, 2. Lehrjahr; Willy Bräuner, Töppeln, 2. Lehrjahr; Kurt Schönfeld, Köpfen Nr. 43; Rudolf Göckert, Gera-Neuß, 2. Lehrjahr; Paul Ungehüm, Gera, 2. Lehrjahr; Herbert Förster, Töppeln bei Gera, 2. Lehrjahr.

68. bis 77. Preis. Erich Kempe, Chemnitz, 3. Lehrjahr; Heinz Kraft, Gera-Frankenthal, 2. Lehrjahr; Heinrich Zinkan, Groß-Seelheim, Kr. Kirchhain, 3. Lehrjahr; Walter Müller, Köslin i. Pom., 1. Lehrjahr; Helmut Günther, Schwarzenberg, 3. Lehrjahr; Erich Warnow, Bad Doberan, 2. Lehrjahr; Werner Schönrock, Berlin-Pankow, Drehestraße 8; Herbert Weise, Taufenhain, Bez. Eisenberg, 2. Lehrjahr; Johannes Krug, Tiefenort a. d. Werra, 2. Lehrjahr; Friedrich Otte, Hamburg 22, 3. Lehrjahr.

78. bis 80. Preis. Paul Sternberg, Gutow bei Güstrow, 1. Lehrjahr; Paul Troppenz, Glienecke bei Weeskow, 3. Lehrjahr; Franz Brosinski, Elbing, 3. Lehrjahr.

81. bis 100. Preis. Albert Seidemann, Lieb-schwitz, 2. Lehrjahr; Karl Gocke, Hannover-L., 1. Lehrjahr; Max Birkner, Hannover, 2. Lehrjahr; Karl Lehmann, Hannover, 3. Lehrjahr; Fritz Wedekind, Hannover-Linden, 2. Lehrjahr; Walter Hermann, Könderitz b. Reuden, Kr. Zeitz, 3. Lehrjahr; Martin Groß, Köhzig i. E., 2. Lehrjahr; Hans Rostock, Mittelberg 23 c, Post Unterjachsenberg; Hans Fischer, Burgstädt i. Sa., 1. Lehrjahr; Otto Lohse, Kreinitz, Post Röberau i. Sa., 3. Lehrjahr; Fritz Borgwardt, Hamburg 30, 3. Lehrjahr; Joseph Beck, Unteraruch b. Bamberg, 3. Lehrjahr; Otto Henning, Burg bei Magdeburg, 2. Lehrjahr; Erich Wiedt, Alt-Drewitz, 2. Lehrjahr; Bruno Nöske, Geesthacht a. d. Elbe, 3. Lehrjahr; Johannes Fritzsche, Taufenhain bei Leipzig, 1. Lehrjahr; Silvester Noß, Kaufbeuren, 2. Lehrjahr.

Der Preis für die Prämiensaufgaben im Werte von 20 M erhielt der Jungkamerad Kurt Breitmeier, Magdeburg-L.

Die Preisträger erhalten ohne weitere Aufforderung die Preise zugestellt.

Der Zentralvorstand.

Berichte aus den Zahlstellen

Berlin und Umgegend. Am 20. Dezember tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses unsere Zahlstellenversammlung, die Stellung nahm zum neuen Reichstarifvertrag. Der Vorsitzende, Kamerad Kepschläger, behandelte ausführlich die Stellungnahme der Zahlstelle in dieser Frage. Umfangreich seien die Wünsche, die im neu abzuschließenden Reichstarifvertrag unbedingt berücksichtigt werden müßten. Der Redner erläuterte die Stellung der Berliner Kameraden in der Frage der Arbeitszeit, der Lehrlingsfrage, der Ferienregelung und des tariflichen Schlichtungswesens. Ein Verbot der Akkord- und Prämiendarbeit müsse ebenfalls im neuen Reichstarifvertrag enthalten sein. In der Diskussion fanden die Ausführungen des Vorsitzenden Zustimmung. Ein ausgearbeiteter Entwurf des Reichstarifvertrages wurde mit noch einzu-fügenden Änderungen einstimmig angenommen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung schilderte Kamerad Kepschläger die Stellung der Parteien des Reichstages zur Sonderfürsorge nach dem Gesetz für Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung. Gegen das Ausnahmegesetz, das sich in erster Linie gegen die Bauarbeiter richte, müsse lebhaft protestiert werden. Eine Protestresolution, die sich gegen die schwächliche Unterfütterungsdauer wendet, wurde einstimmig angenommen. Nach Erledigung weiterer Zahlstellenangelegenheiten wurde die gut besuchte Delegierten-versammlung geschlossen.

Bielefeld. (Jahresbericht der Jugendabteilung.) Von dem ersten Jahre seit des Bestehens der Jugendgruppe in der Gesamtzahlstelle läßt sich noch kein abschließendes Urteil über die Regsamkeit fällen. Es muß noch erprobt werden, welche Möglichkeit besteht, alle Lehrlinge in bestimmte Versammlungen zu bekommen. Die Schwierigkeit besteht in erster Linie darin, daß die Jungkameraden in allen Gebieten der Zahlstelle zerstreut wohnen. Unsere Hauptaufgabe muß sein, in der Berufsschule Einfluß zu gewinnen. Auch sollen die ältern Kameraden versuchen, auf die Erziehung der jüngern Kameraden in gewerkschaftlichem Sinne zu wirken. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten waren alle Hebel in Bewegung, um den Zusammenhang mit den Jungkameraden nicht zu verlieren. Es wurden neun Vorträge, die den Charakter einer Arbeitsgemeinschaft trugen, gehalten. Außerdem fanden noch sieben Zusammenkünfte statt; davon waren zwei mit Wanderungen und Besichtigungen verbunden. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug 183. Eine Ferienwanderung wurde in der Zeit von 28. Juli bis 1. August veranstaltet. Um die Gewähr für eine gute Teilnahme zu haben, wurden an die betreffenden Unternehmer Besuche um Gewährung des rechtmäßigen Urlaubs gerichtet. Die Ferien wurden in keinem Fall verweigert. Die Ferienfahrt führte über Köln nach Godesberg, durch das Siebengebirge, das Ahrtal und Brohlthal nach Koblenz. In Gölz bei Koblenz fanden wir freundliche Aufnahme durch die dortigen Kameraden. Durch 50 % Fahrpreisermäßigung für unsere Jugendgruppe und Uebernachten in Jugendherbergen waren die Kosten gering. Es wäre jedem Jungkameraden möglich gewesen, daran teilzunehmen. Durch das mehrtägige Zusammensein mit den Jungkameraden entstehen dem Jugendführer Erziehungsmöglichkeiten, die sich immer günstig auswirken. Es sollte deshalb an der eingeführten Wohnheim-, jährlich mindestens einen größeren Ferienausflug zu machen, festgehalten werden. Die Zusammenarbeit mit dem freigewerkschaftlichen Jugendkartell und dadurch mit den Jugendgruppen anderer Verbände kann als gut bezeichnet werden. Die zentralen Veranstaltungen des Kartells wurden teilweise besucht. Auch durch diese wird den Jungkameraden Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeit in unserm Sinne geboten. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß jede Möglichkeit, die Lehrlinge für unsere Veranstaltungen zu interessieren, ausgenutzt ist. Die Verbindungen mit den Eltern der Lehrlinge ist eine gute. Wenn die ältern Kameraden auf den Arbeitsplätzen weiterhin in vorstehendem Sinne arbeiten, dann werden aus unserer Jugendgruppe in jedem Jahre brauchbare Verbandskameraden hervorgehen. Es ist ratsam, daß die Jungkameraden, die ihre Lehre beendet haben, noch bis zum 20. Lebensjahr in der Jugendgruppe bleiben, um an dem weiteren Ausbau dieser mitarbeiten zu können. Das wäre auch für die betreffenden Jungkameraden zum Vorteil. Die Gesamtzahl der bei uns organisierten Lehrlinge beträgt 63.

Elmsborn. (Jahresbericht.) Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer erstattete über die Abrechnung vom 4. Quartal Bericht und gab die Jahresabrechnung bekannt. Die Einnahmen und Ausgaben im 4. Quartal für die Hauptkasse betragen 1610,95 M; die Einnahmen der Lokalkasse 900,50 M. Die Jahresabrechnung für die Hauptkasse schloß mit 6081,10 M Einnahme und für die Lokalkasse mit 3328,93 M Einnahme und 2306,20 M Ausgaben bei einem Kassenbestand von 1022,73 M ab. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Alsdann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des Jahres 96 Gesellen und 25 Lehrlinge, am Ende des Jahres 100 Gesellen und 21 Lehrlinge. Der Stundenlohn stieg von 1,37 M auf 1,48 M. Am 28. April wurde das 40jährige Stiftungsfest der Zahlstelle gefeiert. Als Festredner war unser Zentralverbandsvorsitzender, Kamerad Wolgast, anwesend. 16 Kameraden erhielten für 25jährige und längere Mitgliedschaft Diplome ausgedient. Vor dem Arbeitsgericht mußten zwei Klagen geführt werden. Sehr viele Differenzen, die durch Nichtgewährung von besonderen Zuschlägen und Ferien sowie durch Aussetzen der Lehrlinge usw. entstanden, konnten durch das Eingreifen des Vorstandes geregelt werden. Die Jungkameraden nahmen an einem Lichtbildervortrag fachlicher Art und an dem Jugendtreffen anläßlich des Gewerkschaftskongresses in Hamburg teil, ferner an den Veranstaltungen des örtlichen Jugendkartells. Die Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in 12 Versammlungen, drei Lehrlingsversammlungen, sieben Vorstandssitzungen und drei Kommissionssitzungen erledigt. Ferner wurden zwei Sitzungen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und drei Innungsausschußsitzungen abgehalten. Zwei Streikfälle wurden von der Schlichtungskommission vertreten. Der Versammlungsbe-

fuch, obgleich er besser als im Vorjahre war, läßt noch zu wünschen übrig. Die Bautätigkeit war während des ganzen Jahres als eine sehr schlechte zu bezeichnen, auch sind die Ausichten für die nächsten Monate nicht günstig. Die Werbetätigkeit führte zur Aufnahme von zwei Lehrlingen. Die Zimmerer sind am Orte zu 98 % organisiert. Das Bau- und Platzdelegiertenwesen muß noch besser ausgebaut werden; hierzu ist die Mitarbeit jedes Kameraden notwendig. Die Bauarbeiter-Schutzkommission übt regelmäßige Kontrolle aus. — Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder, außer dem Schriftführer. In der Beerdigungsfrage ist eine Neuordnung vorgenommen; die von der hierfür eingesetzten Kommission vorgeschlagenen Richtlinien wurden genehmigt. Unter Verschiedenes wurde auf die Sonderfürsorge in der Arbeitslosenversicherung und die Wahl zum Verbandstag verlesen. Die Entschädigungsfrage für den Delegierten wurden festgesetzt. Mit einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden und einem Hoch auf den Zentralverband der Zimmerer wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Gotha. Die gut besuchte Generalversammlung hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde die Sonderfürsorge nach dem Gesetz über Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung in den Kreis der Erörterung gezogen. Die Kameraden protestierten gegen die neuesten Maßnahmen der Reichsanstalt. Im Anschluß hieran wurde eine entsprechende Resolution angenommen und zur Erledigung der wichtigsten Tagesordnungspunkte geschritten. Der Vorsitzende dankte für die Mitarbeit und die Unterstützung der Kameraden. Es sei möglich gewesen, die Mitgliederzahl bedeutend zu erhöhen. Rund 311 Kameraden seien im Zahlstellengebiet organisiert. In der Werbearbeit dürften wir jedoch nicht erlahmen. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Im Kartellbericht wurde auf die Notwendigkeit der Anstellung eines Arbeiterssekretärs für Gotha hingewiesen. Im laufenden Geschäftsjahr soll die Bildung einer Jugendabteilung in die Wege geleitet werden. Ferner wurde beschlossen, von der Abhaltung eines Wintervergnügens Abstand zu nehmen und dafür das 40jährige Stiftungsfest der Zahlstelle entsprechend zu feiern. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten konnte die Versammlung ihren Abschluß finden.

Dresdenermühlen und Umgegend. (Jahresbericht.) Infolge des aus dem Dienst ausscheidenden Gauleiters, Kamerad Erdmann, war sein Stellvertreter, Kamerad Hinrichs, zu unserer Versammlung am 30. Dezember anwesend. Zunächst gab der Kassierer eine provisorische Abrechnung bekannt. Dann berichtete Kamerad Manja über die Tätigkeit des Vorstandes und die Lage unseres Verbandes. Der Stundenlohn ist von 91 zu Anfang des Jahres, auf 97,3 am Ende des Jahres erhöht worden; ein immerhin beachtlicher Erfolg unseres Verbandes. In der vorgenommenen Wahl wurden Kamerad Manja als erster Vorsitzender, Kamerad Kadlow als Kassierer und Kamerad Schlag als Schriftführer gewählt. Kamerad Hinrichs sprach in seinem Referat über die bevorstehenden Reichstattsvertragsverhandlungen sowie über die Lage unseres Verbandes und der Gewerkschaften im allgemeinen. An den Ausführungen des Redners schloß sich eine lebhafte Debatte in bezug auf den Reichstattsvertrag. — Ein Antrag, dem Kassierer 50 M. zu bewilligen, wurde abgelehnt. Auf Grund eines Beschlusses wird der Vorstand der nächsten Versammlung eine Beschlusvorlage vorlegen. Nach einer kurzen Ansprache des neuen Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Heilbronn. Am 6. Januar fand im neuen Volkshaus unsere Jahreshauptversammlung statt. Zu dieser Versammlung war auch der stellvertretende Gauleiter, Kamerad Rempf, erschienen. Der Vorsitzende betonte in seiner Begrüßungsrede, daß es der Heilbronner Arbeiterschaft gelingen sei, ein Gewerkschaftshaus zu errichten. Es müsse jedoch Aufgabe der Arbeiterschaft sein, diese Einrichtung zu unterstützen. Das Andenken der verstorbenen Kameraden wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende und der Kassierer den Geschäfts- und Kassenbericht. Beide Berichte gaben ein Bild von der umfangreichen Arbeit, die der Vorsitzende und der Kassierer im Jahre 1928 geleistet haben. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Unser Kassierer, der Kamerad Regelman, bekleidet den Posten des Kassierers nahezu drei Jahrzehnte. Für seine vorbildliche Pflückerfüllung wurde ihm Dank gezollt. Besonders die jungen Kameraden sollten sich an dem Pflichterfüllen der Alten ein Beispiel nehmen. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre einen Ausflug zu veranstalten. Kamerad Rempf gab bekannt, daß im Jahre 1929 ein Gaujugendtreffen in Pforzheim stattfinden soll. Die Versammlung beschloß, den Vorschlag zu unterstützen und gleichzeitig den geplanten Ausflug am Tage des Jugendtreffens zu veranstalten. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch zahlreiche Anfragen gestellt, die Kamerad Rempf zum größten Teil beantwortete. Im Schlußwort wies der Vorsitzende darauf hin, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen.

Lüdenscheid. (Jahresbericht.) Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der Kameraden im neuen Jahre berichtete der Vorsitzende über das vergangene Jahr. Er führte aus, daß im verfloffenen Jahr 9 Versammlungen und 7 Ortsausschusssitzungen stattfanden; neunmal mußte die Schlichtungskommission zusammengerufen werden und entstandene Streitigkeiten zu schlichten. Zu einer Konferenz, die am 11. März 1928 in Dortmund stattfand, wurde ein Kamerad delegiert. Am 29. April befeiligte sich die Zahlstelle an der Bannerweihe des Bauwerksbundes. An dem Hamburger Jugendtag, der am 1. September, anläßlich des Gewerkschaftskongresses stattfand, beteiligte sich ein Jungkamerad unserer Zahlstelle. Einem Jungkameraden wurde zur Beteiligung an einem Skikursus in Winterberg 1,50 M. pro Tag bewilligt. Der Lohn erhöhte sich von 1,12 auf 1,21 M. für die Stunde. Die Agitation gestaltete sich in den Außenbezirken sehr schwierig; nur sehr schwer konnten wir in den sogenannten westfälischen Schluchten den unorganisierten Zimmerleuten näherkommen. Unsere Arbeit hatte sehr wenig Erfolg. Wir müssen jedoch alles aufbieten, um auch den letzten Zimmerer in unserm Gebiet für den Verband zu gewinnen. Alsdann berichtete der Kassierer über das 4. Quartal. Die

Ein- und Ausgaben der Zentralkasse belaufen sich auf 558,25 M. der Lokalkasse auf 188,90 M. Das Vermögen der Lokalkasse beträgt 490,70 M. Am Anfang des 4. Quartals hatten wir 48 Mitglieder, am Ende des Jahres 41. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Durch die vorgenommene Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Die betreffenden Kameraden nahmen die Wahl an. In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen und ermahnte die Kameraden, im kommenden Jahre, wie bisher, treu und fest zum Verband zu stehen, damit wir kommenden Kämpfen mit Ruhe entgegensehen können.

Pöln. (Jahresbericht.) Unsere Zahlstelle hatte am Anfang des Jahres 1928 18 Mitglieder, davon waren drei Lehrlinge. Die Bautätigkeit war zu Anfang recht flau, besserte sich jedoch im Sommer, so daß alle Kameraden bis zum Herbst in Arbeit waren. Die Werbetätigkeit stellte keine großen Anforderungen, da alle Kameraden in unserm Verband organisiert sind. Für die Jungkameraden wurde in den Wintermonaten ein Modellierkursus unter Leitung der Zahlstelle durchgeführt, der durch einen Lichtbildervortrag fachlicher Art in Kiel seinen Abschluß fand. An die Stadtvertretung wurde der Antrag gestellt, den praktischen Fachunterricht der Lehrlinge mit in den gewerkschaftlichen Schulunterricht einzureihen. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Mittel hierfür fehlen. Zur Wahrung des Bauarbeiter-Schutzes wurde in Gemeinschaft mit dem Bauwerksbund, Zahlstelle Pöln, eine Kommission gewählt, die sämtliche Bauten und Plätze zu überwachen hatte. — In der Lohnstreitsache eines Lehrlings wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Klage wurde dem Arbeitsgericht Kiel überwiesen und mußte wegen Nichterhaltung der Berufungsfrist abgewiesen werden. Im Laufe des Jahres wurden 10 ordentliche und zwei außerordentliche Versammlungen, die vom Gau besichtigt waren, abgehalten. Am 16. Dezember hatte der Hauptvorstand eine Bezirkskonferenz der drei Zahlstellen Eutin, Lütjenburg und Pöln nach Malente einberufen. Kamerad Steinfeld, Samburg, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag. Die Konferenz war leider nur recht mäßig besucht. Am Schluß des Jahres hat unsere Zahlstelle 17 Mitglieder zu verzeichnen, davon vier Lehrlinge.

Selb-Schönwald. (Jahresbericht.) Am 6. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete, daß der Mitgliederbestand unserer Zahlstelle sich von 30 auf 51 erhöht hat und dankte im Namen der Verwaltung für die Tätigkeit einzelner Kameraden, die am Aufbau unserer Organisation mitgearbeitet haben. Er ermahnte alle Kameraden, auch weiterhin ihre Kräfte dem Verband zu widmen. Der Kassenbericht konnte nicht gegeben werden, da die Abrechnung nicht ganz fertig war. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder bis auf den Schriftführer. Der Vorsitzende dankte für das dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen; dieser wird auch in diesem Jahr alles daran setzen, das alle Fragen und Aufgaben zur Zufriedenheit der Kameraden geregelt werden. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kamerad Küspert einstimmig gewählt. Eine rege Aussprache wurde durch die neuen Bestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz herbeigeführt. Die Versammlung erhebt schärfsten Protest gegen die Sonderbehandlung der Saisonarbeiter. Zur Frage der Arbeitslosigkeit wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß in diesem Jahr ausländische Zimmerer hier nicht beschäftigt werden dürfen, da genügend Zimmerer im Zahlstellengebiet vorhanden sind. Die Entschlieung wird der Gauleitung zur Weiterleitung an die betreffenden Instanzen übermittelt. In einer Aussprache, die darin gipfelte, daß alle Kameraden sich in Zukunft mehr an der Verbandsarbeit beteiligen und mitarbeiten sollen, damit wir die uns noch fernstehenden Zimmerer unserm Verbande zuführen und den kommenden Kämpfen mit Zuversicht entgegensehen können, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Wohlau. (Jahresbericht.) In der am 5. Januar stattgefundenen Generalversammlung verlas der Schriftführer zunächst das Protokoll der letzten Versammlung. Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Kameraden mit den besten Wünschen für das neue Jahr und erstattete alsdann den Jahresbericht. Er führte aus, daß die Werbearbeit des vergangenen Jahres eine rege gewesen sei und die Mitgliederzahl sich wesentlich erhöht habe. Auch konnte ein neuer Unterbezirk gegründet werden. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom vierten Quartal sowie vom verfloffenen Jahre bekannt. Es wurde ihm Entlastung erteilt und für sein mühevolleres Walten gedankt. Der gesamte Vorstand wurde bis auf den zweiten Vorsitzenden wiedergewählt. An dem 25. Verbandstag soll Kamerad Matsche teilnehmen. Nach einer Besprechung über das am 6. April dieses Jahres stattfindende 15jährige Stiftungsfest unserer Zahlstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Zufelzig. Am 5. Januar fand im Schützenhause die gutbesuchte Generalversammlung statt. Kamerad Witt, Berlin, sprach über das Thema „Tarif und Verbandsfragen“. Redner führte uns die gegenwärtige Wirtschaftslage vor Augen. Am 15. Dezember waren schon 1 1/2 Million Erwerbslose vorhanden. Die Konjunktur sei im ganzen Jahre nicht gut gewesen. Die Werbearbeit hat trotzdem im vergangenen Jahre gute Erfolge gezeitigt. In nächster Zeit werden wieder Verhandlungen über den neuen Reichstattsvertrag stattfinden. Verschiedene Paragraphen sollen geändert werden, der Acht-Stunden-Tag soll tariflich festgelegt, die Ferienzeiten verlängert, die Wartezeit verkürzt und Akkordarbeit endgültig abgeschafft werden. Die Polierfrage soll auch eine Regelung darin finden. Redner erörterte noch die Bestimmungen der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter. In der Diskussion werden die Maßnahmen der Reichsanstalt kritisiert. Der Vorsitzende gab dann die Eingänge bekannt. Der gesamte Vorstand wurde wiedergewählt.

Baugewerbliches

Bauarbeiter-Schutz in Bremen. In der Zeit vom 17. bis 22. November vorigen Jahres fand auf Veranlassung der Bauarbeiter-Schutzkommission eine umfangreiche Baukontrolle statt. Kontrolliert wurden insgesamt 247 Baustellen und Arbeitsplätze. Davon waren 198 Hochbauten (von den Hochbauten waren 57 Staats- und sonstige private Neubauten, 121 Wohnbauten und 20 Umbauten), 8 Befonbauten, 10 Tiefbauten, 18 Straßenbauten, 9 Zimmerplätze und 4 Arbeitsplätze für Betonbau.

Die Bauwerksberufsgenossenschaft kontrollierte in der Zeit von Januar 1928 bis Ende November 1928 diese 247 Baustellen wie folgt: 54 Baustellen einmal, 23 Baustellen zweimal, 8 Baustellen deimal, 1 Baustelle viermal, 1 Baustelle fünfmal, 1 Baustelle sechsmal.

Kontrolliert wurden demnach 88 Baustellen. Nicht kontrolliert wurden 159 Baustellen. Mangelhaft ist auch die Kontrolle der maschinellen Einrichtungen (Motore, Bauaufzüge usw.) durch die Gewerbeinspektion. Nur auf 4 Baustellen konnte eine Kontrolle festgestellt werden. Die gesetzlichen Betriebsverordnungen (Baubelegerter) wurden durch die Baukontrollen nur in 35 Fällen zur Beratung hinzugezogen. Auf 35 Baustellen waren keine Verbandskästen vorhanden. In 3 Verbandskästen befand sich ungenügendes Verbandsmaterial. Auf 50 Baustellen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften. Ebenfalls fehlte auf 35 Baustellen ein Verzeichnis.

65 % der Unterkunftsräume waren für die zur Zeit am Bau beschäftigten Arbeiter zu klein. In 98 Unterkunftsräumen lagerte noch Gerüstholz und sonstiges Baumaterial. 108 Unterkunftsräume hatten keine Fenster zum Öffnen, und 3 Unterkunftsräume überhaupt keine Fenster. Nur in 136 Unterkunftsräumen waren die Fenster zum Öffnen, dabei in vielen Fällen sehr dürftig. Wach Gelegenheit war nur in 68 Fällen vorhanden. Nur in 5 Unterkunftsräumen standen Schränke zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken. Der Fußboden der Unterkunftsräume bestand in 183 Fällen aus Holz, in 58 Fällen aus Stein oder Beton und 6 hatten überhaupt keinen Fußbodenbelag. Die Unterkunftsräume wurden in 4 Fällen einmal, in 78 Fällen zweimal und in 103 Fällen dreimal wöchentlich gereinigt. In 22 Fällen wurde der Unterkunftsraum nicht gereinigt. Von den vorhandenen Unterkunftsräumen fehlte in 6 jede Heizungsmöglichkeit.

Auf die Frage, ob der Unterkunftsraum auch von den am Bau beschäftigten Arbeitern der Baunebenberufe benutzt wird, erhielten wir die Antwort, daß dieses in 108 Fällen nicht der Fall ist. Die weitere Frage, wo die Arbeiter ihre Kleidung wechseln und aufbewahren, zeigt, daß in 94 Fällen das Wechseln und Aufbewahren der Kleidung an der Arbeitsstelle, also am Bau, erfolgt. Das gleiche gilt für die Einnahme der Frühstück- und der Mittagsmahlzeit. Diese Mahlzeiten wurden in 68 Fällen an der Arbeitsstelle, also nicht in dem vorhandenen Unterkunftsraum, eingenommen. Abortanlagen waren auf 12 Baustellen nicht vorhanden. (Bei diesen 12 Baustellen handelt es sich um Baustellen im Straßenbau. Die im Straßenbau beschäftigten Arbeiter benutzen in den meisten Fällen die Klosettanlagen der Gastwirtschaften.) Auf 25 Baustellen waren in Anbetracht der Beschäftigungszahl zu wenig Aborte vorhanden. Pissirs waren auf 55 Baustellen vorhanden, auf 192 Baustellen keine. Urineimer waren nur auf 3 Baustellen aufgestellt. Gerüstmaterial war auf 149 Baustellen genügend vorhanden, dagegen war auf 98 Baustellen der Bestand an Gerüstmaterial mangelhaft, so daß dadurch in vielen Fällen die vorchriftsmäßigen Schutzgerüste fehlten. Die ausgenommene Statistik zeigt die mangelhafte Baukontrolle, die durch die Baupolizeibehörde ausgeführt wurde. Von 247 Baustellen haben 144 Baustellen seit ihrem Bestehen noch keinen Baukontrollen gesehen. Diese Statistik zeigt aber auch zugleich, daß der Schutz der Bauarbeiter recht mangelhaft ist. Die sozialdemokratische Bürgerfraktion hat erneut in der Bürgerfraktion den Antrag auf Anstellung eines zweiten Baukontrollenurs eingebracht.

Sozialpolitisches

Das Ende einer sozialpolitischen Unklarheit. Ueber die arbeitsrechtliche Stellung der Gärtnerien besteht seit Jahren Unklarheit und heftiger Streit. Arbeitgeber dieses Gewerbes wenden sich mit allen Mitteln dagegen, daß sie unter die gewerblichen Betriebe fallen sollen. Alle Anstrengungen, unterstützt von arbeitsrechtlichen Gutachtern und Richtern, laufen darauf hinaus, mit dem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft gleichgestellt zu werden. Warum? Die Landwirtschaft genießt bis heute eine arbeitsrechtliche Sonderstellung, die ganz besonders im kommenden Arbeitschutzgesetz dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiter in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen. Kein Wunder also, daß die Arbeitgeber des Gärtnergewerbes sich bemühen, dieses Ziel aller Reaktionäre zu erreichen. Der Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter sieht dem Treiben der Unternehmer natürlich nicht tatenlos zu, sondern bemüht sich auf das Lebhafteste, den Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer der Gärtnerien abzumehren. Der Endkampf wird aber nicht beim Arbeitschutzgesetz entschieden, sondern, wie verlaute, durch ein besonderes Gesetz. Das Reichsarbeitsministerium beabsichtigt, die arbeitsrechtlichen Verhältnisse in den Gärtnerien mit ihren verschiedenen Abzweigungen in einem bald zu erwartenden Gesetz regeln, durch das die sozialpolitische Stellung dieses Berufs genau umschrieben und auch nach der Seite der Sozialversicherung fest untriften wird. Das Gesetz soll dann für sämtliche Fächer des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung bindend sein. Diese Absicht des Reichsarbeitsministeriums ist nur zu begrüßen. Hoffen wir, daß die Arbeiter der Gärtnerien nicht enttäuscht werden.

Eine neue Wanderausstellung des Deutschen Hygiene-Museums. Die für 1930 in Dresden anläßlich der Eröffnung des Neubaus des Deutschen Hygiene-Museums

**Regelmäßige Bücherkontrollen
müssen überall durchgeführt werden!**

geplante große „Internationale Hygiene-Ausstellung“ wirft ihre Schatten bereits voraus. Bekanntlich wird diese Ausstellung vor allem die Frage der Leibesübungen, die jetzt so akut geworden ist, in den Vordergrund stellen. Zahlreiche Ausschüsse sind am Werk, um hier Grundlegendes und Zukunftsweisendes zu formulieren. Als erstes Ergebnis dieser Vorarbeiten dürfte auch eine neue Gruppe des Deutschen Hygiene-Museums aufgefacht durch eine Reihe von Großstädten Deutschlands erstmalig werden, nämlich „Mensch und Sport“, die demnächst geführt wird und die zugleich die Leibesübungen als Hauptfaktor für die allgemeine Gesundheit behandelt, also nicht vom Gesichtspunkt der Rekordleistung aus gesehen, sondern als Notwendigkeit für körperliche Gesundheit und Gelerhaltung. In fast dreijähriger Arbeit ist diese neue Wanderausstellung zusammen mit den großen Spitzenverbänden der Leibesübungen-Bewegung durchgeführt worden, nämlich des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen und der Zentralkommission für Arbeiter-Sport- und Körperpflege. Die neue Wanderausstellung führt mit einem kurzen Ueberblick zunächst in die Geschichte der körperlichen Erziehung, um dann ausführlich und allgemeinverständlich die anatomischen und physiologischen Vorgänge zu beschreiben, die beim Leben zu beachten sind. Es wird also mit dieser Ausstellung die Grundlage festgelegt, die sowohl jeder Turn- und Sportlehrer, als auch der Schüler und Zuhörer selbst zu beachten hat. Es schließt sich dann eine umfangreiche Darstellung der Übungsbedürfnisse in den verschiedensten Altersgruppen an, um zum Schluß einen systematischen Ueberblick zu geben über alles was mit Körperbildung zusammenhängt, Turnen, Leichtathletik, Schwimmen, Winterübungen, Gymnastik usw. Mit der Wanderung dieser neuen Gruppe soll im März begonnen werden. Um die neue Ausstellung haben sich bereits eine ganze Reihe von Städten beworben.

Wirtschaftspolitisches

Die Steuereinnahmen im Reich, in Ländern und Gemeinden. Interessante Aufschlüsse bringt die letzte Reichsfinanzstatistik, die das Steueraufkommen von Reich, Ländern und Gemeinden im Jahre 1927/28 behandelt. Aus den Einnahmen an Steuern und Zöllen in der Höhe von 12,3 Milliarden Mark entfielen 5,5 Milliarden auf das Reich, 2,8 Milliarden auf die Länder und 4 Milliarden auf die Gemeinden. In Verhältniszahlen ausgedrückt bedeutet dieses, daß 44,3 % aller Einnahmen auf das Reich, 22,3 % auf die Länder und 33,4 % auf die Gemeinden entfallen. Von den dem Reich verbleibenden Einnahmen werden 22,9 % durch Zölle, 14,9 % durch die Einkommensteuer, 14,53 % durch die Tabaksteuer gedeckt, um die drei Haupteinnahmequellen zu nennen. Bei den Ländern ist die Haupteinnahmequelle ihr Anteil an der Einkommensteuer, der 42,9 % ihrer Gesamteinnahme ausmacht. Wichtig ist auch ihr Anteil an dem Hauszinssteueraufkommen, der 27,62 % ihrer Einnahmen ausmacht. Von diesen 27,62 % werden jedoch nur 9,56 % zur Förderung der Wohnbautätigkeit, 18,06 % dagegen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder verwandt, woraus ersichtlich wird, daß die Hauszinssteuer immer weniger eine Zwecksteuer, als vielmehr eine allgemeine Finanzsteuer darstellt. Bei den Gemeinden bilden die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) die wesentlichste Einnahmequelle, indem durch sie 33,7 % der Gesamteinnahmen gedeckt werden. Der Anteil der Hauszinssteuer macht 23,13 % aus und wird hier im Gegensatz zu den Ländern zum größten Teil (15,35 %) zur Förderung der Bautätigkeit und nur zum kleineren Teil (7,7 %) zur Deckung des städtischen Finanzbedarfs verwandt. Neben diesen beiden Steuern steht der Einkommensteueranteil mit 22,83 % an dritter Stelle im städtischen Finanzetat.

Die Weltenerungsverhältnisse. Das Jahr 1928 brachte für die meisten Industrieländer eine gute Konjunktur. Aus diesem Grunde zogen verschiedentlich die Rohstoff- und die Fertigwarenpreise nicht unwesentlich an. Nachstehend bringen wir eine Zusammenstellung der Indexzahlen der Großhandelspreise auf Goldbasis berechnet. Danach haben sich die Preisverhältnisse in einigen Ländern folgendermaßen entwickelt:

	Deutschland	England	Frankreich	Belgien	Holland	Schweden
Januar	138,7	141	124	123	153	148
April	139,5	143	127	122	153	151
Juli	141,6	141	127	121	148	150
Oktober	140,2	138	125	120	146	145
November	140,3	138	127	—	—	145

Trotz der Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres innwohnenden Neigungen zu Preissteigerungen, haben sich diese nur in einigen Ländern durchgesetzt. In den meisten ist ein Rückgang der Preise zu verzeichnen. Deutschland macht dabei eine Ausnahme. Das deutsche Preisniveau war nach oben gerichtet.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Krankenüberwachung der Berufsgenossenschaften. Die letzten Monate des verflohenen Jahres brachten der Unfallversicherung noch wesentlich Änderungen und Neuerungen. So erweiterte das „Dritte Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928“ ganz erheblich den Kreis der Betriebe und Berufsgruppen, die den Schutz der Versicherung genießen. Die Verordnung über Krankenbehandlung und Berufsfürsorge in der Unfallversicherung vom 14. November 1928 brachte Ausführungs- und Anwendungsbestimmungen der von den Berufsgenossenschaften zu gewährenden Krankenbehandlung und Berufsfürsorge. Neben vielen guten Verbesserungen wurde aber auch eine nicht gerade erfreuliche Neuerung geschaffen. Es ist den Berufsgenossenschaften das Recht gegeben worden, Verletzte bei Übertretungen der Krankenordnung zu bestrafen.

Während die Versicherten im allgemeinen über die Krankenordnungen der Krankenkassen und über die Mög-

lichkeit der Verhängung von Ordnungsstrafen bei Vergehen und Übertretungen dieser Ordnungen Bescheid wissen, besteht über die Krankenordnungen der Berufsgenossenschaften noch vielfach Unklarheit. Es erscheint deshalb notwendig, diese Frage einmal zusammenhängend zu besprechen. Nach § 558 e der Reichsversicherungsordnung „können“ die Vorstände der Berufsgenossenschaften das Verhalten der Verletzten und deren Ueberwachung durch eine Krankenordnung regeln. Während die Krankenkassen eine derartige Krankenordnung kraft Gesetzes schaffen müssen, brauchen dies die Träger der Unfallversicherung nicht zu tun, sie haben nur das Recht hierzu. Von großer Wichtigkeit ist, daß die Vorstände der Berufsgenossenschaften bei der Beratung und Beschlussfassung über die Krankenordnung neben den sonstigen Vorstandsmitgliedern Versicherte in gleicher Anzahl und mit dem gleichen Stimmrecht wie Vertreter der Arbeitgeber hinzuziehen müssen. (Es ist dies einer der wenigen Fälle, in denen den Versicherten in der Unfallversicherung auch ein kleines Recht eingeräumt ist.) Die so aufgestellte Krankenordnung muß von dem Versicherungsamt genehmigt werden. Gegebenenfalls kann das Reichsversicherungsamt eine Frist für die Festsetzung der Krankenordnung bestimmen und nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist die Krankenordnung selbst festsetzen. Das Recht, Versicherte zu bestrafen, wenn sie die Krankenordnung in irgend einer Form übertreten haben, hatten die Berufsgenossenschaften bislang nicht. Der § 606 der bereits erwähnten Reichsversicherungsordnung bestimmte vielmehr: „Hat der Verletzte eine Anordnung, die die Krankenordnung betrifft, oder eine Verpflichtung auf Grund des § 848 b ohne gesetzlichen oder sonst fristigen Grund nicht befolgt, und wird dadurch seine Erwerbsfähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann ihm der Schadenersatz (Gewährung von Leistungen) auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, wenn er auf die Folge hingewiesen worden ist.“ Der in diesem Paragraphen erwähnte § 848 b bestimmt, daß in den Unfallverhütungsvorschriften der Verletzten Verpflichtungen für ihr Verhalten bei Unfällen auferlegt werden können. Die Dinge liegen also so, daß eine Bestrafung bei Übertretung der Krankenordnung nach dem bisherigen Recht nur dann möglich ist, wenn durch die Übertretung die Erwerbsfähigkeit des Verletzten ungünstig beeinflusst ist. Außerdem muß der Verletzte ausdrücklich auf die Folge der Übertretung (Bestrafung) hingewiesen worden sein. Die Bestrafung kann nur darin bestehen, daß dem Verletzten auf eine bestimmte Zeit die Leistungen entweder ganz oder teilweise entzogen werden. Eine Bestrafungsmöglichkeit in den Fällen, in denen durch die Übertretung die Erwerbsfähigkeit des Verletzten nicht ungünstig beeinflusst worden ist, hatten bislang die Berufsgenossenschaften nicht. Die eingangs erwähnte Verordnung vom 14. November 1928 bringt nun folgende neue Bestimmung:

„Gegen einen Verletzten, der die § 558 e der Reichsversicherungsordnung erlassene Krankenordnung übertreift, kann der Vorsitzende des Vorstandes der Genossenschaft oder die Aufsichtsbehörde für jeden Übertretungsfall Ordnungsstrafe in Geld bis zu 20 M festsetzen. Bei der Festsetzung muß mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt sein. Bei Meinungsverschiedenheiten des Vorsitzenden und des Versichertenvertreters entscheidet der Vorstand oder ein Ausschuss des Vorstandes unter Zuziehung eines Versichertenvertreters. Auf Beschwerde entscheidet das Versicherungsamt endgültig.“

Die Berufsgenossenschaften erhalten hier das Recht, in jedem Fall der Übertretung ohne Rücksicht auf die Folge derselben eine Ordnungsstrafe in Geld festzusetzen. Das Höchstmaß dieser Strafe beträgt für jeden Übertretungsfall 20 M. Bei der Festsetzung der Strafe durch den Vorsitzenden muß mindestens ein Arbeitnehmervertreter mitwirken. Einigt sich diese Kommission nicht über die Art der Bestrafung oder über die Zulässigkeit der Bestrafung überhaupt, so entscheidet der Gesamtvorstand oder ein besonderer Ausschuss desselben. Hierzu muß ebenfalls ein Vertreter der Versicherten hinzugezogen werden. Gegen eine verhängte Strafe kann der Versicherte Beschwerde bei dem zuständigen Versicherungsamt einlegen. Da dieses endgültig entscheidet, ist ein weiteres Rechtsmittel nicht möglich. Die neue Bestimmung tritt mit dem 1. Dezember 1928 in Kraft. Der oben besprochene § 606 bleibt daneben noch weiter in Gültigkeit.

Arbeitsgerichtliches

Eine Schadenersatzklage des christlichen Holzarbeiterverbandes. Am Arbeitsgericht in Bensheim a. d. Bergstraße klagte der christliche Holzarbeiterverband für eines seiner Mitglieder gegen ein Vorstandsmitglied unserer Zahlstelle in Rimbach im Odenwald. Die Schadenersatzklage, der folgender Tatbestand zugrunde lag, wurde als unbegründet abgewiesen. Kläger erhob Schadenersatzklage gegen die Beklagten mit dem Antrag auf Schadenersatz. Er sei bei dem Zentralverband der christlichen Holzarbeiter organisiert. Die Beklagten, die in dem allgemeinen Zimmererverband (!) organisiert seien, hätten seine Entlassung aus dem gemeinschaftlichen Arbeitsverhältnis bei der Firma Johann Treiber in Birkenau unter der Drohung der Arbeitsniederlegung der Belegschaft gefordert und durchgesetzt, weil der Kläger ihrem Verband nicht beigetreten sei. Sie seien ihm deshalb für den eingetretenen, durch Arbeitsausfall veranlassenen Schaden auf Grund der §§ 823 Abs. 2, 826 BGB in Verbindung mit Artikel 159 der N.V. schadenersatzpflichtig. Die Beklagten beantragten kostenpflichtige Klageabweisung.

Gründe: Durch die Beweisaufnahme, insbesondere die Bekundung des als völlig glaubhaft anzusehenden Zeugen Treiber, steht das folgende fest: Der Beklagte Reil, der mit dem Beklagten Regner und andern Arbeitnehmern der Belegschaft der Firma Treiber in Birkenau in dem Zimmererverband organisiert ist, versuchte wiederholt den Kläger als Mitglied seines Verbandes zu gewinnen. Da dieser den Eintritt ablehnte, erklärte Reil eines Tages dem Meister Treiber, daß er mit dem Kläger nicht mehr

zusammen arbeiten wolle, da ihm dieser versprochen habe, dem Zimmererverband beizutreten, sein Versprechen aber nicht gehalten habe. Einige Zeit später, an einem Samstag, nachdem inzwischen der Verband des Klägers bei der Firma schriftliche Verwahrung gegen das Verhalten der anders organisierten Belegschaft eingelegt und Treiber zu vermitteln versucht hatte, erschien bei diesem der Beklagte Reil und erklärte, er wolle am nächsten Montag nicht mehr weiterarbeiten, wenn der Kläger noch weiter arbeite oder, wie er sich auch ausgedrückt haben kann, noch in seinem Verband sei. Dem Beklagten Reil ist auf dieser Erklärung entweder keine oder nur eine ausweichende Antwort von Treiber gegeben worden. Am darauffolgenden Montag, als dieser in die Werkstätte kam, saß die ganze Belegschaft auf den Hobelbänken ohne zu arbeiten, die zwei Gesellen des Sägewerks gefolten sich bald zu ihr. Auf die Frage Reils an den Meister, was nun geschehen solle, erwiderte dieser: Jeht hört Ihr alle auf zu arbeiten, das heißt er sprach die Entlassung der anwesenden Belegschaft aus. Die Kündigung war, wie Treiber bezugnehmend gemeint, da er in seinem Betrieb sich einen unzulässigen Druck nicht gefallen lasse und Anmaßungen zurückweise. Er hätte die Leute, trotzdem er in eine Notlage gekommen wäre, gehen lassen und hätte den Kläger behalten. Als er nun aus der Werkstätte auf den Zimmerplatz gekommen sei, sei er dem Kläger begegnet und habe gefragt: Und Du Adam? Dieser habe geantwortet: Jeht grad nicht! Ohne sich Gedanken zu machen, was der Kläger mit diesen Worten habe ausdrücken wollen, habe er sich über den barschen Ton der Antwort des Klägers geärgert und zu ihm gesagt: Da hörst Du auf!

Das ist der Tatbestand. Auf Grund seiner ergibt sich, daß die Entlassung des Klägers durch die Firma nicht unter dem Druck der angedrohten Arbeitsniederlegung der Belegschaft erfolgt ist, die vielmehr infolge ihres Verhaltens entlassen worden war, sondern, daß der Inhaber der Firma ihn entließ, weil er an dem Ton einer Antwort des Klägers auf eine an ihn gestellte Frage Anstoß nahm. Ob der Ton der Antwort des Klägers tatsächlich anfechtbar war oder nicht, ist zur Sache gleichgültig, wenn nur, was feststeht, der Kläger wegen des dem Zeugen Treiber nicht gefallenden Tons seiner Antwort entlassen wurde. Demnach besteht zwischen der Drohung der Belegschaft mit der Arbeitsniederlegung und der Entlassung des Klägers kein Kausalzusammenhang, die Drohung mit der Niederlegung der Arbeit ist nicht das Ereignis gewesen, das den den Kläger schädigenden Erfolg kausächlich ausgelöst hat. Das Gericht hatte deshalb auch nicht darüber zu entscheiden, ob in dem Falle, daß das Verhalten der Belegschaft die Entlassung des Klägers verursacht hätte, ein Verstoß gegen die §§ 823 Abs. 2, 826 BGB in Verbindung mit Artikel 159 N.V. zu erblicken gewesen wäre, hätte aber eine grundsätzliche Verpflichtung zur Leistung Schadenersatzes für vorliegend gehalten, wenn die Drohung der Belegschaft mit der Arbeitsniederlegung sich als Kausal für die Entlassung des Klägers herausgestellt hätte. Die Klage war also als unbegründet abzuweisen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 der ZPO.

Da die Entscheidung bei dem geschilberten Tatbestand nicht von grundsätzlicher Bedeutung war, war dem Antrag des Klägers, die Berufung zuzulassen, nicht stattzugeben.

Literarisches

„Arbeiter-Sprachzeitung“. Die neue Nummer dieser sozialistischen Sprachzeitung, herausgegeben von S. Fruch, dem Leiter der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist soeben erschienen. Die Zeitschrift wird allen, die sich mit fremden Sprachen beschäftigen, eine willkommene Hilfe sein. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 M. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen, die Postanstalten oder durch die „Arbeiter-Sprachzeitung“, Berlin W. 57, Zietenstraße 6 a.

Der Kellner- und der Kochberuf erscheinen manchen Eltern die Schule verlassenden jungen Menschen erwerbloswert. Ueber die Verhältnisse und Aussichten dieser Berufe unterrichten zwei Broschüren, die vom Zentralverband der Soz., Restaurant- und Café-Angestellten, Berlin N. 24, Elsfasser Straße 86/88, kostenlos abgegeben werden.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundeitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Versicherten unentgeltlich ausgedrückt.

Sterbetafel.

Berlin. Am 2. Januar starb unser Mitglied, der Kamerad **Karl Meier**, Bezirk 8, im Alter von 69 Jahren an Herzschwäche. — Am 3. Januar starb unser Kamerad **Hermann Zinnow**, Bezirk 47, im Alter von 21 Jahren an Aneurysmabekulose. — Am 7. Januar starb der Kamerad **Franz Paul**, Bezirk 1, im Alter von 50 Jahren an Wirbelsäulenerkrankung. — Am 28. Oktober starb unser treuer Kamerad **Heinrich Mühlh** an Herzschlag im Alter von 68 Jahren. — Am 21. Dezember starb unser treuer Kamerad **Emil Odau** an Asthma im Alter von 46 Jahren. — Am 6. Januar starb unser Kamerad **Alfred Scholz** im Alter von 40 Jahren an Nierenleiden. — Am 7. Januar starb der Kamerad **Gottlieb Kiedlich** im Alter von 52 Jahren an Nierenverkalkung. — Am 2. Dezember starb unser Kamerad **Paul Reck** im Alter von 68 Jahren an Krebs. — Am 6. Dezember starb unser Kamerad **Herbert Burow** aus Marienthal im Alter von 18 Jahren durch Freitod.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Gagan i. Schl.

Lokalgeschenke werden nicht mehr gewährt. [3 M] Der Vorstand.